

# **Weil der Mensch ein Mensch ist...**

*Vorläufiges Beschlussbuch der Bezirkskonferenz 2010 der Jungsozialistinnen  
und Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig vom 02.05.2010*

Lindenhalle Wolfenbüttel

## **Überblick**

<b>A 1: Bezirksarbeitsprogramm</b>	<b>S. 3</b>
<b>A 2: Gleichstellungsarbeitsprogramm</b>	<b>S. 36</b>
<b>B 1: Demokratie in der Schule</b>	<b>S. 44</b>
<b>B 2: 14 Juso-Thesen zum Thema Bildung</b>	<b>S. 48</b>
<b>D 1: Auf dem Weg zur Arbeitsversicherung</b>	<b>S.54</b>
<b>D 2: Fördern statt fordern- Für einen begrenzten öffentlichen Beschäftigungssektor</b>	<b>S.56</b>
<b>F 1: Mindestlohtreuen</b>	<b>S.60</b>
<b>W 1: Wege aus einer neuen Krise</b>	<b>S. 61</b>

# **A 1: Bezirksarbeitsprogramm: Weil der Mensch ein Mensch ist**

## **I. Die Welt, in der wir leben**

### **Gute Arbeit ist machbar!**

**... „Arbeiten wir um zu leben, oder leben um zu arbeiten?“**

Diese Frage stellen sich viele ArbeitnehmerInnen, wenn sie über ihre Arbeitsbedingungen reflektieren. Leider trifft Ersteres immer häufiger zu, weil durch ungleiche bzw. ungerechte Entlohnung der/die ArbeitnehmerIn nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügt und gezwungen ist, sich einen zweiten oder sogar dritten Job zu zulegen, damit der Lebensstandard beibehalten werden kann. Dadurch hat der/die ArbeitnehmerIn nicht die erforderliche finanzielle Planungssicherheit, um das Leben nach den individuellen Vorstellungen gestalten zu können.

Verschärft wird die finanzielle Schere der Bezahlung, wenn man sich die Verteilung der Gewinnausschüttung betrachtet: Vor allem in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise müssen große Teile der ArbeitnehmerInnenschaft auf Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld oder Gewinnbeteiligungen verzichten, während die Managementebene selbst für selbstverschuldete Fehlplanungen mit Boni-Auszahlungen belohnt werden.

### **... Zu viele Jobs – zu wenig Arbeitsplätze**

Außerdem werden immer mehr feste Arbeitsplätze durch befristete Zeitarbeitsstellen ersetzt, sodass es immer weniger sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Festverträge gibt, sondern vermehrt schlechter bezahlte Stellen. Im Durchschnitt verdienen die rund 1/3 weniger als die Stammbesetzung in dem Ausleihbetrieb und müssen zudem mehr Überstunden leisten. Die Leiharbeitenden fühlen sich als „Gastarbeiter“, der vom Ausleihbetrieb nur als vorübergehende Arbeitskraft eingesetzt wird sowie seitens der Stammbesetzung unter Beobachtung steht, nicht die eigenen Arbeitsplätze zu gefährden. Die fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten der Leiharbeitenden symbolisieren Ihr Dilemma.

Ein aktuell gutes Beispiel für diese gängige Praxis ist das Unternehmen „Schlecker“. Der Geschäftsführung wurde Lohndumping vorgeworfen, da immer mehr Leiharbeitende

in den Filialen eingesetzt wurden. Schlecker beschloss daraufhin eine Tochtergesellschaft „Schlecker XL“ zu gründen, um sich den Branchentrends anzupassen. In den neuen Filialen werden ausschließlich MitarbeiterInnen eingestellt, die um die Hälfte weniger verdienen, keine Sonderzahlungen erhalten und weniger Urlaubstage haben. Im Gegenzug werden immer mehr „AS Schleckermärkte“ geschlossen. Durch derartig unsoziale Machenschaften werden persönliche Existenzen zerstört und bei den neuen Mitarbeitern Zukunftsängste geweckt, da Sie in ständiger Ungewissheit um das Fortbestehen ihres Arbeitsplatzes leben müssen.

### **... Fehlende Mitbestimmung – fehlende persönliche Entfaltung**

Der Frage, wer ArbeitgeberIn – also seine Arbeit(skraft) gibt – und wer ArbeitnehmerIn – also Arbeit(skraft) annimmt, ist der ständige Widerspruch zwischen Arbeits- und Kapitalseite. Es spiegelt die eigentlich gegenseitige Abhängigkeit zwischen Betrieben und der ArbeitnehmerInnenschaft, gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne einzutreten, damit beide Seiten von dieser Vereinbarung profitieren. Der Betrieb beschäftigt Menschen zu gerechten Lohn- und Arbeitsbedingungen und kann mit einer zufriedenen Belegschaft rechnen. Wenn sich alle Betriebe an diesen Grundsatz halten, können alle Menschen von dem, was sie verdienen leben und Ihre Lebens- und ihre Arbeitswelt selbst gestalten. Dies würde die Binnennachfrage nach den produzierten und verarbeiteten Waren sichern sowie das politische und gesellschaftliche Leben beleben.

Leider ist dieses Vertrauensverhältnis seit jeher im kapitalistischen System, in dem wir leben, zerstört. Die Kapitalseite – also die Betriebe – über einen permanenten Druck auf die Arbeitnehmerschaft aus, um immer wieder finanzielle und persönliche Eingeständnisse bei der ArbeitnehmerInnenschaft einzufordern. Überstunden und Extra-Schichten koppeln zudem die ArbeitnehmerInnenschaft immer mehr von politischen und gesellschaftlichen Leben ab.

### **... Mindestlohn unter Zugzwang**

Mit der Aufhebung des Post-Mindestlohnes und der Einigung bei den Beschäftigten im Pflegedienst, bei dem ungleiche Ost- und West-Tarifverträge abgeschlossen wurden sowie dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb stellt uns vor die Frage, ob unser Weg, einen gesetzlichen branchenunabhängigen Mindestlohns – nach Ausweitung des Entsendegesetzes – einzuführen, noch der Richtige ist.

Wenn selbst das Entsendegesetz nicht mehr greift und Ost-West-Tarifverträge in

machen Branchen abgeschlossen werden, dann muss der Gesetzesgeber handeln und einen gesetzlichen branchenunabhängigen Mindestlohn einführen.

Dennoch bekennt sich der aktuelle Gesetzesgeber gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Darüber hinaus wird Schwarz-Gelb die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn prüfen, ob sie Arbeitsplätze gefährden, neuen Beschäftigungsverhältnissen entgegenstehen, einen erforderlichen Schutz für ArbeitnehmerInnen bietet sowie die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen gewährleistet. Diese rhetorischen Fragen sind von Schwarz-Gelb bereits beantwortet worden.

### **... Fehlende Gleichstellung in den Betrieben**

Noch immer ist der Grundsatz „Gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit“ noch nicht gängige Praxis in der Gesellschaft. Noch immer hängt die Bezahlung davon ab, welchen Geschlechtsstereotyp der ausgeübte Beruf zugeordnet wird. Männlich dominierte Berufe wie Maschinenschlosser oder Handwerker werden in unserer von Patriarchat geprägten Gesellschaft immer besser entlohnt als weiblich dominierte Berufe wie Erzieherin oder Friseurin.

### **Das wollen wir!**

#### **... Entlohnung, um zu Leben**

So lautet die zentrale Frage, die eine Thematik höchster Priorität behandelt: Eine unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte der menschlichen Würde, dem Recht auf Teilhabe an kulturellem Leben sowie dem Erlangen von Bildung gerechte Entlohnung. Arbeit muss sich lohnen und darf keinesfalls zu einem banalen und aktuellen Zeiten ungemäßigtem Broterwerb verfallen. Um dieses mindeste Maß zu garantieren ist es unter anderem in erheblichem Grade notwendig die Einführung eines Mindestlohnes, welcher als Stütze und Sicherung eines Niveaus fungiert und darüber hinaus für eine angemessene Abstufung von Empfängern von Arbeitslosengeldern sowie durch ihre geleistete Arbeit dient.

#### **... Mitbestimmung in den Betrieben**

Nach dem Vorbild des Montan-Mitbestimmungsgesetzes sind die Arbeiter- und Kapitaleseite paritätisch in Vorstands- und Aufsichtsräten zu besetzen. Hierzu bedarf es einer Reform der Mitbestimmung. Gemeinsam und nicht gegeneinander könne beide

Seiten als Team arbeiten, um gemeinsam Arbeitsplätze zu gestalten und zu sichern, sowie unternehmerische Entscheidungen treffen. Alle MitarbeiterInnen werden so eingebunden und können so direkt oder indirekt mitwirken und mitentscheiden. Gewerkschaften würde so wieder der Rücken gestärkt werden, damit sie als gleichberechtigter Partner den Arbeitgeberverbänden gegenüber treten und somit das aktuelle Ungleichgewicht zwischen der ArbeiterInnen- und Kapitalseite behoben würde.

### **.. Gleichstellung in den Betrieben**

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit“. Dazu müssen einerseits Geschlechtsstereotype in der Gesellschaft abgebaut werden. Andererseits müssen gesetzliche Regelungen eingeführt werden, um Lohn- und Mitwirkungshürden zwischen den Geschlechtern abzubauen. Wichtige Schritte sind die Einführung eines gesetzlichen branchenunabhängigen Mindestlohns, um Niedrig- und Armutslöhne abzuschaffen. Von diesen Löhnen sind besonders Frauen betroffen, da es sich meist um Tätigkeiten handelt, die seitens der patriarchalisch geprägten Welt als Zuverdienste und nicht als Arbeit gesehen werden. Zudem sind Quotenregelungen für Einstellungen und Besetzung von Aufsichts- und Vorstands- sowie Betriebsratsplätzen einzuführen.

### **... Mehr Festverträge**

Nur wenn die vielen Jobs (Mini- und Midi-Jobs sowie Leiharbeit) sich wieder in versicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze mit Festverträgen verändern, können die Zukunftsängste der Beschäftigten wieder minimiert werden. Dadurch hätten die Menschen wieder eine Sicherheit der finanziellen Mittel. Sie könnten ihr Leben besser planen und gestalten und hätten immer die Sicherheit, ihre Existenz nicht zu verlieren.

### **... Gewinne gerecht verteilen**

Eine gerechte Aufteilung von erwirtschafteten Gewinnen ist ein Baustein einer solidarischen Gesellschaft. Hohe Priorität genießt dabei die Berücksichtigung der ArbeiterInnenschaft eines Unternehmens, jene gerät momentan häufig in den Hintergrund. Das Beteiligen der ArbeiterInnen garantiert eine zukünftige hohe Motivation und kann im Endeffekt einen großen Zugewinn für das Unternehmen bedeuten. Die fehlende auf Nachhaltigkeit und Weitblick basierende präzise Befassung mit der gesamten Arbeiterschaft behindert die Ausschöpfung eines Potenzials, welches leider ungenutzt bleibt. Das zumeist kurzfristige Denken bedeutender

Unternehmungsspitzen behält lediglich schnellstmögliche und maximierte Gewinne im Fokus. Das Handeln für die Zukunft und die Beachtung neuer und moderner Methodiken verliert den Halt. Es ist unsere Aufgabe, den rechten Weg zu weisen und die Korrektur nachweislicher Fehler zu erwirken. Ebenfalls müssen die Aktionäre einer Aktiengesellschaft, welche mit ihrem Kapital für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens und damit auch für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bürgen, aktive Bedeutung gewinnen. Dividenden sind maßgeblich daran beteiligt, Anleger über größere Zeiträume an ein Unternehmen zu binden. Dies schränkt Geschäfte ein, die allein auf dem kurzfristigen Erfolg fußen. Um die Ausnutzung von Dividendenzahlungen zu verhindern, wäre es der Sache dienlich, die Dividenden zu splitten, das heißt über das gesamte Jahr in regelmäßigen Abständen auszuschütten. Das Management ist nach Leistung zu bezahlen, der unsachgemäße Gebrauch von Kapital um mit Hilfe dessen Bonuszahlungen zu finanzieren ist ein Betrug der Aktionäre sowie Arbeiter. Dieses nicht transparente und logisch nicht nachzuvollziehendes Geschehen verdient keine Toleranz.

Essentiell ist jedoch ebenfalls die Rücklagenbildung. Die Rücklagen fungieren in schweren Zeiten als Puffer und schaffen die Möglichkeit der Befreiung aus einer Krise. Ein weiterer Punkt ist die „Investition in Innovation“. Auch hier bedarf das Agieren in Bezug auf Nachhaltigkeit großer Aufmerksamkeit. In häufigen Fällen muss erst ein Rückschritt erfolgen, bis in Folge zwei Schritte nach vorne bewältigt werden können. Falls dieser Prozess in der Realität die Umsetzung findet, ist ein weiter wichtiger Schritt in die Zukunft getan.

### **... Offene Frage: Leiharbeit**

Der von uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk Braunschweig im Jahr 2008 beschlossene Forderung nach gleicher Bezahlung und gleicher Behandlung von Leiharbeitenden in den Betrieben, in denen sie eingesetzt werden, kann und wird nicht eingehalten werden können. Neben der hohen Arbeitslosenquote sind Leiharbeitende leider ein gängiges Mittel geworden, stärkeren Druck auf die Erwerbsarbeitenden auszuüben, sei es finanzielle oder persönliche Eingeständnisse bei der Stammbesellschaft einzufordern. Die offene Frage, wie wir zukünftig mit der Leiharbeit umgehen wollen, soll im kommenden Jahr geklärt werden.

## **Situation der Kommunen**

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, also die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten. Um aber den eigenen Lebensraum gestalten zu können, müssen die Kommunen finanziell gut ausgestattet sein.

Anstatt die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern und diese finanziell besser auszustatten, belasten Bund und Land seit Jahren die Kommunen finanziell immer mehr. Viele Kommunen sind überschuldet und können viele Aufgaben nicht mehr erledigen. Das geht an die Substanz der Kommunen: Büchereien, Schwimmbäder, Straßenbau, Volkshochschulen, Kindergärten, Schulneubau und Schulsanierung – den Kommunen fehlt Geld allen allen Ecken und Enden.

Besonders durch die Hartz-Gesetzgebungen seit 2003 werden die Kommunen stark mit der Aufwendung für Sozialgelder sowie ALG-II belastet, ohne dass eine entsprechende Entlastung an anderer Stelle vollzogen wurde.

Mit Schwarz-Geld kommt die nächste Belastungswelle auf die Kommunen zu: so plant die konservativ-liberale Bundesregierung die Streichung der Gewerbesteuer, die ausschließlich den Kommunen zugute kommt sowie die Erhebung von einer Mehrwertsteuer für kommunale Betriebe, die für Leistungen wie Abwasser- und Abfallbeseitigung zuständig sind. Diese mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossene Veränderung der Besteuerung werden alle über eine Erhöhung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen kommunaler Betriebe bezahlen müssen.

Weiter hat die Niedersächsische Landesregierung Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen. Diese müssen rückgängig gemacht werden. Viele Aufgaben der Kommune werden durch die Kommune direkt oder durch kommunale Betriebe durchgeführt. Sie sind das Rückgrad der kommunalen Daseinsvorsorge, denn sie übernehmen wichtige kommunale Aufgaben, die Privatbetriebe nicht übernehmen würden. Sie folgen oder sind gezwungen, dem neoliberalen Trend der Ausgabenkürzung zu folgen und kürzen Leistungen der für eine

Kommune lebenswert und einzigartig machenden Daseinsvorsorge. Oder sie folgen dem anderen neoliberalen Konzept des „Privat geht vor Staat“ und verlieren durch Privatisierungen oder Veräußerungen so die demokratische Kontrolle über kommunalpolitisch wichtige Aufgaben.

Beides geht auf die Substanz der Kommunen sowie auf die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Die Kommune kann nicht mehr gestalten und

agieren, sondern kann nur noch auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Um den eigenen Lebensraum lebenswert zu halten oder lebenswerter zu machen, müssen sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk Braunschweig über folgende Punkte Gedanken machen:

- Wir müssen klären, welche öffentlichen Aufgaben und Leistungen eine Kommune sichern und erhalten muss
- Wir müssen klären, wie die Finanzausstattung der Kommunen zu sichern ist

## **Der Sozialstaat**

Man fragt sich ob die schwarz-gelbe Koalition im Bund den Begriff „Sozialstaat“ überhaupt noch kennt. Dabei ist das Sozialstaatsprinzip doch selbst im Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz verankert. Jeder Mensch hat das Recht auf die Absicherung seiner individuellen Lebensrisiken um sein Leben selbstbestimmt führen zu können. Wenn der Bundesaussenminister Westerwelle von „Spätromischer Dekadenz“ spricht, müssen wir uns doch sehr wundern.

Dabei darf sich die Gesellschaft nicht aufgrund solcher provokanter Aussagen spalten lassen. Dieses Prinzip des gesellschaftlichen Spaltung zieht sich wie ein roter Faden durch die Sozialpolitik der Regierung Merkel/Westerwelle.

Besonders im Bereich der aktuellen Hartz IV-Debatte fordern wir eine Abkehr von der emotionalen hin zu einer sachlichen Diskussion, um den Betroffenen zu helfen.

Der Sozialabbau wird deutlich am Beispiel der geplanten „Kopfprämie“ von 29 Euro im Gesundheitswesen. Es klingt im ersten Moment nach wenig Geld, doch ist dies der erste Schritt zur systematischen Umwandlung der solidarischen Gesundheitssystems hin zur Kopfpauschale und damit der Weg in die Privatisierung des Gesundheitswesens.

Das Gesundheitswesen ist ein öffentliches Gut, welches es um jeden Preis zu schützen gilt. Aus diesem Grunde stehen wir Jusos im Bezirk Braunschweig für eine solidarische Bürgerversicherung, in der jede/r den Anteil trägt, den er beitragen kann.

Die Bundesregierung treibt den konsequenten Abbau des Sozialstaates voran . Immer mehr Leistungen der Sozialvorsorge werden privatisiert. Die Schere zwischen „Arm und Reich“ klafft immer weiter auseinander und das Solidaritätsprinzip beispielsweise im Gesundheitssystem wird unter dem Deckmantel von mehr Eigenverantwortung aufgegeben.

Wir als Jusos im Bezirk Braunschweig fordern daher den sofortigen STOP des

drastischen Abbaus des Sozialstaat.

## **Teilhabe statt Ausgrenzung – Bildung für alle**

In unserer Gesellschaft wird Bildung zunehmend unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet und bewertet. Die Selektion und der Leistungsdruck, die bereits vor der Grundschule beginnen, nehmen jungen Menschen die Möglichkeit, selbstbestimmt über ihren Lebensweg zu entscheiden. Das mehrgliedrige Schulsystem und die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Studiengebühren und Schulgelder bedingen soziale Selektion, da die soziale Herkunft den Lebensweg weitgehend bestimmt. Auch gesellschaftliche Einflüsse wie Migration beeinflussen die Schullaufbahn und damit das Leben. Die ökonomische Verwertungslogik dominiert den Bildungssektor. Das Bildungssystem wird zu einer reinen Ausbildungsanstalt degradiert, wobei die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgängen in den Hintergrund tritt. Wer den Ansprüchen nicht standhält, fällt durch das gesamte System und hat somit keine Chancen mehr auf eine gesicherte Zukunft.

Jedes Jahr stellt die Wirtschaft zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung, sodass zahlreiche Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Dies führt zum Parken von Jugendlichen in Bildungsmaßnahmen, Warteschleifen, Praktika, in prekären Beschäftigungsverhältnissen und zu Armut. Wir setzen uns daher für die gesetzliche Ausbildungsumlage ein, um der sozialen Ungleichheit entgegen zu streben.

Durch das Turboabitur und den Bachelor/Master wird der Druck auf Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten immer weiter erhöht, weil immer mehr Lerninhalte in immer kürzerer Zeit gelernt werden müssen.

Unserem Ideal nach muss Bildung den Anspruch haben, Interessen zu wecken, sich frei entfalten zu können, Kritikfähigkeit zu fördern, selbstständiges Denken zu ermöglichen und ein emanzipiertes Leben führen zu können. Bildungshürden müssen abgebaut werden. Dies beinhaltet die Einführung der Lernmittelfreiheit, die Abschaffung der Studiengebühren, die Abschaffung der begrenzten Masterplätze und der Einführung eines integrativen Schulsystems wie der gemeinsamen Schule.

Die Bildungsproteste der Lernenden zeigen, dass die Benachteiligungen nicht nur von uns kritisiert werden, sondern auch gesamtgesellschaftliche Ablehnungen findet. Dieses Potenzial gilt es für den Kampf für ein solidarisches Bildungssystem zu nutzen!

## **Internationales**

*„Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu nehmen.“ Jean Ziegler – ehm. Nationalrat für die Schweizer Sozialdemokraten und UNO Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung*

Die Entwicklungsländer betteln, und sind auf unser Wohlwollen angewiesen? In dem Zusammenhang werfen wir mal einen Blick auf folgenden Zahlen. Der Kapitalstrom von Süden nach Norden, also den reichen Industriestaaten im Norden und den armen Entwicklungsländern im Süden, ist überschüssig. Das heißt während der Norden Entwicklungshilfen von etwa 54 Mrd. \$ im Jahr gezahlt hat, gingen 436 Mrd. \$ in Form des Schuldendienstes retour in den Norden zu Händen der Banken und wirtschaftlichen Weltherrscher, nachstehend Kosmokraten genannt. (Zahlen von 2003)

Heute braucht man keine Gewehre, Panzer und Armeen mehr, um andere Länder zu Unterwerfen, die stärkste Waffe diese Zeit heißt Verschuldung. Dazu muss man sehen, dass die hohe Verschuldung einem Verlust der Souveränität der betroffenen Länder gleichkommt.

Die Herrschaft der Verschuldung schloss in den meisten der betroffenen Länder direkt an die Kolonialherrschaft an.

Der IWF, der Internationale Währungsfond, hat Brasilien zum Beispiel Anfang der 80er einen besonders strengen Strukturanpassungsplan aufgezwungen. Aufgrund dessen musste die Regierung ihre Ausgaben massiv einschränken. Sie hat unter anderem eine nationale Impfkampagne gegen Masern eingestellt. Im Jahr 1984 ist dann in Brasilien eine Masernepidemie ausgebrochen. Was zur Folge hatte, dass 10.000de ungeimpfte Kinder starben, die Verschuldung hat sie getötet.

Und die Verschuldung tötet weiter, alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an den direkten und indirekten Folgen der Verschuldung. Bis dato - bis zu diesen Moment.

Zwei Gruppen von Menschen profitieren von der massiven Verschuldung der Entwicklungsländer. Zum einen die ausländischen Gläubiger und zum anderen die einheimische herrschende Klasse.

Die Gläubiger stellen den Entwicklungsländern drakonische Bedingungen, sie müssen Zinsen für die Schulden zahlen die etwa 5-7 mal so hoch sind wie marktüblich, da sie eine so genannte „Risikoprämie“ enthalten. Aber auch Auflagen wie die

Zwangsprivatisierung der wenigen rentablen Unternehmen, Bergwerke und der öffentlichen Dienste zu Gunsten der Gläubiger, sowie horrenden Steuerprivilegien für die transkontinentalen Konzerne.

Aber auch die einheimische Elite profitiert von der scheinbar ausweglosen Situation.

Hierbei unterscheiden wir zwei Arten:

Zur Zeit der Kolonisierung waren die ausländischen Besatzer auf einheimische Handlanger angewiesen, die Privilegien genossen. Und diese Handlanger sind in vielen Fällen zu einer postkolonialen Führungskaste aufgestiegen. Und der zweite Typus ist für die Kosmokraten noch viel wichtiger. Die ausländischen Kapitalisten beschäftigen in den betreffenden Ländern lokale Direktoren bzw. Führungskräfte. Die wiederum finanzieren bzw. bestechen Staatsanwälte, Polizeichefs und Generäle. Die dann das für die Kosmokraten ohnehin schon sehr wohlgefällige Gesetz, noch weiter zu deren Gunsten „auslegen“.

Im Sudan z.B. werden verschiedene Teile der herrschenden Klasse finanziell von diversen Erdölkonzernen ausgestattet. Omar Bongo in Gabun und Sassu N'Guesso in Brazzaville wären nicht lange an der Macht, ohne den Schutz den ihnen ELF gewährt. Korruption hält dieses „Imperium der Schande“ zusammen.

### **... Was ist, wenn die Zahlungsunfähigkeit, wie in den 80er Jahren in Brasilien droht?**

Dann werden die Daumenschrauben noch weiter angezogen, und die Gläubiger schicken den IWF in das betroffene Land. Diese prüfen die wirtschaftliche Lage des Landes und schreiben den so genannten „Abschiedsbrief“. Diesen muss die Regierung des geknebelten Landes dann aus „freien Stücken“ unterschreiben.

Haushaltskürzungen müssen vorgenommen werden, aber wo?

Niemals bei der Armee, den Geheimdiensten oder der Polizei. Denn diese Organisationen sichern den Status Quo für die ausländischen Investoren.

Auch das Steuersystem würde der IWF niemals antasten. Indirekte Steuern oder Verbrauchssteuern, schön und gut, die belasten ja in erster Linie die Armen, aber eine progressive Einkommensteuer, oder gar eine Vermögenssteuer, niemals.

Aber wo wird dann gespart?

In erster Linie daran, wo drunter die Armen leiden, und was die Reichen nicht betrifft. Den Großgrundbesitzer in Südamerika schert es nicht, wenn die Schulen geschlossen werden, seine Kinder gehen sowieso auf Privatschulen. Die Schließung eines öffentlichen Krankenhauses, ist dem indonesischen General egal, seine Familie lässt er

in Schweizer Spezialkliniken behandeln.

Die Verschuldung lastet nur auf den Armen!

### **... Auch verhältnismäßig entwickelte Länder leiden....**

Untersucht man das herrschende System genauer, stellt man fest, dass nicht nur sehr arme Länder mit schlecht entwickelter Wirtschaft unter der Verschuldung leiden.

Sondern auch verhältnismäßig gut entwickelte Länder, wie das schon häufiger erwähnte Brasilien. Dieses hat trotz der zweithöchsten Verschuldung der südlichen Erdhalbkugel, die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt. In diesem Land, das 180 Mio. Einwohner zählt, sind 44 Mio. unterernährt.

Warum betrifft das auch diese Länder?

Dieses Phänomen hat zahlreiche Ursachen. Zum einem sind diese Länder häufig Produzenten von Rohstoffen, insbesondere landwirtschaftlicher Natur. Den Großteil der Industriegüter hingegen müssen sie importieren, und hier beginnt das Dilemma. Denn während die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte immer weiter fallen, steigen die Preise für Industrieprodukte wie Maschinen kontinuierlich.

So müssen sie sich immer weiter verschulden, um Industriegüter zu kaufen, die sie brauchen um für die Industriestaaten die Landwirtschaftlichen Produkte zu erzeugen. Eine weitere Ursache sind die Plünderungen der Staatskasse, sowie die schleichende Korruption, die Hand in Hand mit Schweizer, französischen und amerikanischen Privatbanken geschieht. Das Privatvermögen des verstorbenen Diktators von Zaire (heute Kongo), Marschall Joseph Désire Mobutu, beläuft sich auf ungefähr 8 Mrd. Dollar. Und wir reden hier von einem Land mit 100 \$ BNE pro Person. Diese Beute ist auf diversen Konten versteckt. Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele wie etwa der Duvalier-Clan, der während seiner Amtszeit von mehr als 24 Jahren die Staatskasse, von Haiti um über 920 Mio.\$ erleichtert hat.

Und als dritte Ursache gibt auch hier natürlich die anfangs erwähnte „Risikoprämie“, verbunden mit den Wucherzinsen. Der Kreislauf aus Schulden und neuen Schulden, um alte bezahlen zu können, scheint unaufhaltsam zu sein. In den 70er Jahren betrugen die Auslandsschulden aller lateinamerikanischen Staaten 60 Mrd. \$. In den 80ern waren es schon 240 Mrd. \$. Und im Jahre 2001 überstieg die Verschuldung des südamerikanischen Kontinents die 750 Mrd. \$ Marke. Es werden jährlich 24 Mrd. \$ an die Gläubiger überwiesen. Das entspricht etwa 30 % seines BIP.

### **... Aber was würde passieren, wenn ein Land sich plötzlich weigert, seine Schuld**

### **zu bezahlen?**

Für Staaten gibt es keine Konkursverfahren. Dafür hat das internationale Recht theoretisch keine Lösungen. Aber in der Praxis wird ein insolventes Land genauso behandelt wie eine Privatunternehmung das in Konkurs geht. Ein Beispiel:

Vor etwa zwei Jahrzehnten ist die peruanische Regierung zu dem Schluss gekommen, dass die katastrophale Finanzlage des Landes, ihnen nicht mehr erlaubt die Schulden zu bezahlen, die sie bei diversen ausländischen Privatbanken hatte. Und setzte für die Berechnung der Zinsen, nur noch 30% der Schulden an.

Aber zu welchen Folgen führte das?

Das erste Schiff unter peruanischer Flagge, das im Hamburger Hafen anlief, wurde im Auftrag des Bankenkonsortiums von der deutschen Justiz beschlagnahmt. Selbiges passierte mit Flugzeugen der peruanischen Luftflotte, die in aller Welt landete. Also kann kein Land die Zahlung verweigern, es sei denn es möchte autark leben.

### **... Widerliche Schuld**

In der Szene der Globalisierungskritiker taucht immer wieder ein Begriff auf, der der „widerlichen Schuld“. Am Beispiel des Landes Ruanda lässt sich diese Art von Schulden gut erklären. In diesem Zentralafrikanischen Land leben hauptsächlich zwei Arten von Ethnien, nämlich die Hutus und die Tutsis. Zwischen April und Juni 1994 haben Soldaten der regulären Armee sowie Milizsoldaten systematisch Kinder, Frauen und Männer der Tutsis sowie Tausende Hutus, die Regimegegner darstellten, ermordet. Männer wurden gefoltert und mit Macheten zerhackt, Frauen vergewaltigt und ermordet. Die 1300 UNO Soldaten die zu dieser Zeit in Ruanda stationiert waren, griffen nicht ein. Sie standen nur da und dokumentierten den Genozid, der fast eine Million Menschen dahingerafft hat.

Zwischen 1990 und 1994 waren die wichtigsten Waffenlieferanten und Kreditgeber in Ruanda Frankreich, Ägypten, Südafrika, Belgien und China. Das „Land der Mitte“ zum Beispiel lieferte 500.000 Macheten an das Regime, finanziert mit französischen Krediten.

Als die Völkermörder schließlich von der vorrückenden Armee der Patriotischen Front geschlagen wurde, lieferte Frankreich weiterhin Waffen, an die letzten Soldaten der Regierungsarmee. Frankreich unter Francois Mitterand hat bei diesen ethnischen Säuberungen eine zentrale Rolle eingenommen. Französische Offiziere haben die Mörder unterstützt und als der Tag der Niederlage gekommen war heraus geschleust. Die neue ruandische Regierung hat eine Auslandsschuld übernommen, die sich auf über 1 Mrd. \$ beläuft. Die neuen Regenten waren nun aber der Meinung, dass sie keine

moralische Verpflichtung hatten, die Kredite, mit denen der Mord an der eigenen Bevölkerung finanziert wurde, zurückzuzahlen. Doch das Kartell der Gläubiger, die von dem IWF angeführt wurden, lehnte die Annullierung dieser „widerlichen Schuld“ ab, und drohten mit der Stundung der Kooperationskredite, was das arme Land finanziell total blockierten hätte. So müssen sich nun die bettelarmen Bauern jeden Tag abrackern, um den Mächten das Geld zurückzuzahlen, die die Morde an ihren Brüdern und Schwestern finanziert haben.

Im Jahre 2004 wurde der Begriff von einer großen Gläubigernation verwendet, den USA: Der Zivilverwalter a.D. im Irak, Paul Bremer, setzte sich für einer Annullierung der Schulden des Irak ein, da die Verschuldung dieses Landes von dem verbrecherischen Diktator Saddam Hussain angehäuft wurde. Bremer wollte mit dieser Forderung, die sich hauptsächlich an die Hauptgläubiger Frankreich und Russland richtete, die Wirtschaft des US-Protectorats schnell wieder auf Kurs bringen.

Ein gutes Beispiel für die Heuchlerei der Kosmoraten, die sich weigern, die Schuld von „unrentablen“ Völkern zu annullieren, aber im gleichem Atemzug der Schulden ihrer Protectorate als „widerlich“ zu erklären, damit sie nicht zurückgezahlt werden müssen!

### **... Annullieren?**

Was würde aber passieren, wenn man sich dazu entschließe die Schulden der 122 Entwicklungsländer zu annullieren? Die Lobbyisten des IWF, der Weltbank und der globalen Banken behaupten, dann würde das ganze Weltfinanzsystem zusammenbrechen, aber ist das wirklich so?

Jedes Mal wenn ein verschuldetes Land (vorübergehend) in den Zustand der Zahlungsunfähigkeit verfällt (wie Argentinien 2002), überschlagen sich Zeitungen wie die Financial Times oder das Wallstreet Journal mit Horrormeldungen über den Untergang des Finanzsystems. Dahinter steckt eine ganz geschickte Psychologie. Die Europäer mögen noch so passiv sein, aber beim Anblick der hungernden Kinder bekommen sie moralische Bedenken. Also muss man die Verschuldung als notwendig hinstellen. Und immer wieder unterstreichen, dass ein Verweigern des Schuldendienstes die Weltwirtschaft in den Abgrund stürzt.

Dieses Argument ist heute für die Kosmokraten nötiger denn je, denn die Kapitalisten zur Zeit der Kolonien mussten sich nicht damit rumschlagen. Damals reichten rassistische Begründungen, wie etwa: „der Neger ist faul, ohne uns bringt der es doch zu nichts.“

Heute aber ist es nicht mehr so einfach, und man musste sich die Sache mit dem

Zusammenbruch der Weltwirtschaft ausdenken. Dabei ist die Formulierung „ausdenken“ bewusst gewählt, wie nun dargelegt werden soll.

Die Beiträge des Schuldendienstes, den die 122 Entwicklungsländer leisten, betragen, und mögen sie für die betroffenen Länder auch noch so fatal sein, nur rund zwei Prozent des gesamten Volkseinkommens der Gläubigerländer.

Zwischen 2000 und 2002 hat mit dem Zusammenbruch des Neuen Marktes eine, im Vergleich zu heute als eher moderat zu betrachtende Finanzkrise, Vermögenswerte im Wert von mehreren 100 Mrd. \$ vernichtet. In diesen zwei Jahren haben die meisten Börsen notierten Wertpapier gut 65 % ihres Wertes verloren. Am Ende dieser Periode waren die vernichteten Werte höher als die Gesamtschuld aller 122 Länder der Dritten Welt. Trotz dieses Ausmaßes der Kapitalvernichtung ließ diese Börsenkrise das internationale Bankensystem nicht zusammenbrechen. Kein einziges Land des Nordens ist durch diesen Crash in ernsthafte Schwierigkeiten geraten.

Von der jetzigen Krise, die der Kapitalismus durchmacht, mit seiner noch nicht zu beziffernden Vermögensvernichtung, ganz zu schweigen. Aber auch wenn vereinzelte Privatbankiers oder Gesellschaften in Schwierigkeiten

geraten würden; wie schon Jean Paul Marat am 1. Oktober 1789 vor der französischen Nationalversammlung sagte: “Was sind einige ruinierte Personen im Vergleich zu einer Milliarde Menschen, die von den öffentlichen Steuerpächtern, Vampiren und Vergoldern ausgeraubt worden sind?”

Aber warum erlässt man Ihnen die Schuld dann nicht? Weil der Schuldendienst ein sichtbare Geste des Gehorsams ist. Der Sklave wird sofort kniefällig, wenn der „Abschiedsbrief“ des IWF kommt. Denn wie sonst könnten die Kosmokraten zum Beispiel in Bolivien, skandalöse Bergwerksverträge, Konzessionen für Ländereien im Amazonas, Waffenverkäufe, die Privatisierung profitabler öffentlicher Unternehmen oder Steuerprivilegien aushandeln. Wie? So lange Bolivien auch nur noch den geringsten Hauch von Autonomie besitzt?

### **... Ein Kind das verhungert, wird ermordet!**

Die Hauptfolge der Verschuldung ist der Hunger, aber wie sieht es mit dem Kampf gegen den Hunger auf der Welt aus? Die Leute die gegen ihn kämpfen, verlieren eindeutig an Boden, während im Jahr 2001 alle sieben Sekunden ein Kind an den Folgen des Hungers starb, reduzierte sich der Abstand bis dato auf fünf Sekunden. Ungefähr 62 Mio. Menschen sterben jedes Jahr an allen möglichen Todesursachen, dass heißt etwa ein Prozent der Weltbevölkerung. Und etwa 36 Mio. Menschen sterben

jedes Jahr an den direkten oder indirekten Folgen des Hungers, dass macht den Hunger zu Todesursache Nummer eins. Diese Zahl ist besonders interessant, für eine Welt, die sich im „Kampf gegen den Terror“ befindet und jedes Jahr weit mehr als 1. Billion \$ für Waffen ausgibt, um sich zu schützen, eine Zahl mit 12 Nullen.

„Die industrialisierte Landwirtschaft der Welt ist in der Lage 12 Mrd. Menschen zu ernähren, also wird jeder der an Hunger stirbt, ermordet.“ Jean Ziegler

Man unterscheidet zwischen zwei Arten von Hunger: den strukturellen Hunger und dem konjunkturellen Hunger. Der strukturelle Hunger ist das Resultat der permanenten Unterentwicklung eines Landes. Der konjunkturelle Hunger ist das Ergebnis eines jähen Zusammenbruchs der Wirtschaft eines Landes.

Im Juli 2004 z.B. hat ein besonders heftiger Monsun Bangladesch überschwemmt. Mehr als 70% der Landesfläche sind überschwemmt worden. Landwirtschaftliche Fläche in gigantischer Größe wird vernichtet, von den 146 Mio. Einwohnern sind 3 Mio. vom Hungertodbedroht. In „normalen Zeiten“ erblinden in Bangladesch etwa 30.000 Kinder pro Jahr wegen des Mangels an Vitamin A, im Jahr 2004 verfünffachte sich diese Zahl.

Eine Studie der Vereinten Nation aus dem Jahre 2002 ergab, das unter Zuhilfenahme von moderner Technologie ohne Weiteres möglich wäre sämtliche Flüsse in Bangladesch zu zähmen. Rein technisch gesehen wären dann die durch den Monsun verursachten Überschwemmungen vollkommen beherrschbar. Doch leider ist Bangladesch, eines der am tiefsten verschuldeten Länder Südasiens und daher fehlt das Geld für solche Maßnahmen.

### **... basket case**

Zum Abschluss sei noch erwähnen, dass in der internationalen Diskussion immer wieder die Rede von Fatalität ist.

Herry Kissinger prägte während seiner Amtszeit mal den Begriff „basket case“ Damit meint er, dass manche Länder dazu verdammt sind immer „ganz unten im Korb“ zu sein. Blockiert, ohne Hoffnung auf Besserung, und immer auf unser Wohlwollen angewiesen. Nach all diesen Fakten, darf das doch ernsthaft bezweifelt werden.

Die Erlassung der Schulden und damit einhergehenden Zinszahlungen an die Gläubiger reicht bei bei weitem nicht aus. Jede Region der Welt muss einen gerechten Zugang zum Welthandel gewährt bekommen und sogenannte Entwicklungsländer eine für den Staat, Kultur und Religion zufriedenstellende wirtschaftliche und politische Aufbauhilfe erhalten. Nur ein gerecht aufgeteilter Welthandel ermöglicht es für die gesamte

Staatengemeinschaft langfristig ein lebenswertes Leben für jeden Menschen, kulturellen Austausch und den damit einhergehenden Frieden zu sichern.

Natürlich müssen die "westlichen Staaten" darauf achten, dass sie durch den Schuldenerlass und die Beteiligung am Welthandel nicht die Druckmittel gegen Regime aufgibt, die Menschenrechte nicht einhalten und als Aggressoren die Stabilität in der Region untergraben. Ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses ist der Weg zu einer freien Gesellschaft in den entsprechenden Regionen. Auch kann nicht mit westlicher Arroganz ein demokratisches System aufgezwungen werden. Manche Kulturen ziehen eine andere Verwaltungsstruktur vor. Solange diese den menschlichen Bedürfnissen vor Ort entsprechen, ist dagegen nichts einzuwenden.

Aber auch von unserer Seite gibt es viel zu tun und gerade wir EuropäerInnen müssen vor der eigenen Haustür kehren. Die Europäische Union ist an über 60% des weltweiten Handels beteiligt und hat daher eine Vorbildfunktion, wenn es darum geht Märkte zu öffnen. Die zum Teil humorlosen Handelsbarrieren wie Gurken-Krümmungs-Grade und Normbananen erschweren den Zugang von Entwicklungsländern zu den wichtigsten Märkten der Welt. Auch der europäische Protektionismus auf allen wirtschaftlichen Gebieten gehört abgeschafft. Gerade Agrar- und Textilerzeugnisse sind die Möglichkeit von Entwicklungsländern in unsere Märkte einzusteigen. Die schier unvorstellbaren Subventionen in den europäischen Agrarsektor sind sofort abzuschaffen und in zukunftsträgigere Fördertöpfe zu stecken (u.A. Bildung, Sozialstaat, FuE, Verkehr, Energie, Umwelt, etc). Zum Teil werden europäische Erzeugnisse so stark mit öffentlichen Fördermitteln aufgepumpt, dass unsere Milchseen und Butterberge ins Ausland exportiert werden. Ein Huhn aus deutscher Produktion ist auf dem afrikanischen Markt deutlich günstiger als das vor Ort produzierte Fleisch. Das Argument, Landwirtschaft sei ja auch Landschaftspflege ist in der Hinsicht also gleich zweifach moralisch verwerflich. Zum einen, wird der Zugang zum hiesigen Markt verwehrt und zum anderen der Wirtschaft in den Entwicklungsländern jeglicher Grundlage entzogen.

Zuletzt ist darauf zu achten, dass die Öffnung der Märkte und der Abbau der heimischen Subventionen nicht zu einem Kuhhandel wird. Es ist nicht richtig, dass der Markt alles regelt. Zumindest nicht in dem Sinne, wie wir es für richtig halten können. In Anbetracht der heutigen Geschäftspraktiken in der Genussmittelindustrie (Kaffee, Tee, Schokolade) beherrschen Großkonzerne den gesamten Arbeitsablauf von der Anpflanzung der Kakaobohne bis zum Marketing der Schokoladentafel. Beahlt man in einem Braunschweiger Café für eine Tasse Kaffee 2 Euro, geht nur ein Bruchteil davon an die Arbeiter in Afrika oder Mittelamerika. Der größte Teil des Gewinns bleibt in den Taschen

der großen Röstereien wie Nestlé oder Tchibo. Zu einer gerechten Aufbauhilfe gehört eben auch die Entwicklung eigener Vertriebswege in den entsprechenden Ländern. Das Ziel muss es sein, dass zukünftig die gesamte Produktion vor Ort mit einheimischen Firmen stattfindet - die Saat vom Nachbarn geliefert, die Pflanze eigenhändig geerntet und der Teebeutel noch vor Ort in Schachteln verpackt wird.

Daher fordern wir die Erlassung jeglicher Schulden der ärmsten Länder der Welt, die Öffnung der heimischen Märkte, den Abbau von Subventionen, den Aufbau der gesamten Vertriebsstruktur vor Ort und die drastische Beschränkung der Großkonzerne in den Produktionsablauf."

## **Umwelt und Energiegewinnung – das ewig währende Problem der Menschen?**

Der Klimawandel steht in bedrohlicher Form und in bis zuvor ungeahnten Dimensionen vor uns. Falls der Ausstoß von Treibhausgasen in die Atmosphäre der Erde nicht in erheblichem Maße reduziert werden sollte, droht der Welt eine Katastrophe erheblichen Ausmaßes. Die Folgen sind nur teilweise vorherzusehen, jedoch sind die Konsequenzen aus dem verantwortungslosen Handeln der Weltbevölkerung nicht zu unterschätzen. Nachhaltiges Handeln ist nicht nur in Anbetracht unserer Umwelt von höchster Priorität, sondern auch unseren nachfolgenden Generation geschuldet. Es besteht eine eindeutige moralische Verpflichtung der Menschheit gegenüber ihrem Lebensraum, die Verletzung des jenen ist lediglich eine Beleidigung gegenüber der Schöpfung. Der intensivere Einsatz von alternativen Energieformen scheint dringend notwendig, zumal der Vorrat an fossilen Brennstoffen begrenzt ist. Doch besonders aufgrund des dramatischen Klimawandels, gewinnt die kontrovers diskutierte Atomenergie angesichts einer kohlendioxidarmen Energiegewinnung gegenüber den erneuerbaren Energieformen weltweit immer mehr Anhänger in Politik und Wirtschaft. Der im Jahre 2000 beschlossene Atomausstieg aus der ist gekippt, ein Ausstieg ist noch nicht erfolgt. Abgesehen von einem ideologischen Dissens stellt uns die Kernenergie, welche zwar eine bedeutende Erfindung in der Geschichte der Menschheit ist, vor komplizierte Problematik: Die Entsorgung hochgefährlicher Stoffe kann im Rahmen der Möglichkeiten nicht bewältigt werden und wird uns fast immerwährend belasten. Der Abbau von Uran behindert die Natur und schädigt die Gesundheit der Beteiligten. In der Vergangenheit kam es in aller Regelmäßigkeit zu Störfällen, der Betrieb eines Atomkraftwerkes ist nicht so sicher wie von der Atomwirtschaft dargestellt.

Bei Betrachtung dieser und unzähliger weiterer Fakten scheint ein baldiger Ausstieg aus der Atomkraft unabdingbar. Jedoch sind auch Kohlekraftwerke bei weitem überholt und aufgrund ihres zu hohen Ausstoßes sowie der Endlichkeit von Brennstoffen ein möglichst schnell zu beendender Energieförderungsprozess, die Förderung alternativer Energieformen ist auszubauen und zu garantieren.

Wir stehen vor einem Prozess, der noch nicht erprobt ist. Nur in einem festgesetzten rechtlichen Rahmen und Umfeld, dass von der Gesellschaft und Wirtschaft getragen wird, ist es realistisch die Energiewende zu bewältigen. Deshalb müssen Regierungen große Infrastrukturprogramme ankurbeln und u.a. in eine große Anzahl von modernen Photovoltaikanlagen, Windturbinen und solarthermische Kraftwerke investieren.

Die ungeklärte Endlagerproblematik stellt für unsere Region eine große Umweltrisiko dar. Aus diesem Grund wollen wir die Endlager Asse II, Schacht Konrad in unserer Region sowie Gorleben verhindern. Wir sind keine Atomklo-Region Braunschweig!

## **Staat und Gesellschaft**

### **... Spaltung der Gesellschaft**

Die Gesellschaft in der wir leben teilt sich zunehmend auf. Arm und Reich, gute und schlechte Bildung und andere Dinge tragen dazu bei die Welt in der wir leben zu selektieren. Außerdem zeigt sich die Spaltung der Gesellschaft im Hinblick auf die Beschäftigungsverhältnisse: Während das entfristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis abnimmt, gewinnen atypische Beschäftigungsverhältnisse zu und rauben Menschen ihre soziale Sicherheit und Lebensperspektive. Dies zeigt sich z.B. im Niedriglohnsektor, befristeten Verträge, Leiharbeit, Generation Praktikum, sowie in der Unternehmenspolitik immer stärker auf atypische Beschäftigung setzt um Kosten zu sparen. Um größtmöglichen Profit herauszuschlagen, sollen Beschäftigte gegen Unbeschäftigte ausgespielt werden. Der Sozialstaat wird auf diese Weise zunehmend in Frage gestellt. Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit werden, unter dem Deckmantel der stärkeren Eigenverantwortung, zunehmend entsolidarisiert. Die große Masse der Gesellschaft wird damit vor soziale Ängste gestellt, während eine kleine elitäre Gruppe von den Entwicklungen profitieren soll.

### **... Jugend unter Druck**

Vielfach wird durch den Begriff „Generationengerechtigkeit“ von der sozialen Spaltung

unserer Gesellschaft abgelenkt. Dieser Begriff, der ursprünglich von der Jungen Union stammt, suggeriert, dass es Konflikte zwischen Alt und Jung um die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes gäbe und die junge Generation ihren Lebensstil einschränken müsse, damit die Sozialsysteme fortgeführt werden könnten. Dabei missachtet dieser Begriff jedoch, dass die gesellschaftliche Spaltung nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich verläuft. Die soziale Frage, die durch den Begriff „Generationengerechtigkeit“ tabuisiert wird, betrifft hingegen immer mehr Menschen.

Gerade Jugendliche zahlen den Preis der gesellschaftlichen Veränderungen. Sie sind von einem starken Leistungs- und Rechtfertigungsdruck in Schule und Beruf geprägt. Perspektivlosigkeit durch fehlende Ausbildungsplätze (allein in Niedersachsen fehlen 30000!) und/oder unsichere Beschäftigungsverhältnisse und starker Konkurrenzdruck bedingen Ausgrenzungen aus dem gesellschaftlichen Leben. Im Bildungswesen dominiert das „Bulimielernen“- viel Stoff möglichst schnell lernen, abprüfen und dann wieder vergessen. Wer dem Druck nicht standhält, verliert den Anschluss und damit die Perspektive. 25 % der Jugendlichen werden der „Generation chancenlos“ zugerechnet, da sie erst gar nicht die Chance haben, sich den gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen.

Eine Politik, die sich der Würde des Menschen verpflichtet fühlt, darf die Spaltung der Gesellschaft nicht akzeptieren. Es gilt Konzepte zu entwickeln, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Vordergrund stellen und niemanden ausgrenzen. Soziale Inklusion muss das Ziel jungsozialistischer Politik sein. Das Recht auf gleiche Lebenschancen bedeutet für uns nicht Gleichförmigkeit, sondern schafft erst Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten.

Als linker Jugendverband ist es unsere Pflicht, die skandalösen Bedingungen, unter denen junge Menschen leben, aufzudecken und gesellschaftliche Alternativen vorzuschlagen.

### **... Reichtums- und Vermögensverteilung- Eigentum verpflichtet**

Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen dies prägt das neoliberale Zeitalter in dem wir leben. Beispiele wie die HRE und Commerzbank zeigen das zwar Milliarden für Bankenrettung zur Verfügung stehen, jedoch keine Millionen für frisches Schulobst.

Zukünftig muss wieder die Prämisse gelten, dass Eigentum verpflichtet.

Auch während der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich an der Umverteilung von Unten nach Oben nichts verändert. Diesen Trend gilt umzukehren.

Ein gerechtes Steuersystem ist ein Instrument Reichtum anders zu verteilen und Teilhabe wieder zu ermöglichen. Massive Steuersenkungen wie sie umgesetzt werden sollen, setzen die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats außer Kraft.

Auch an der Reichtumsumverteilung von Süden nach Norden hat sich während der Krise nichts verändert. Für uns gilt weiterhin die Verpflichtung Hilfe zur Selbsthilfe für benachteiligte Staaten zur Verfügung zu stellen. Bisher werden nicht einmal die geforderten 0,7 % des BIP dafür eingesetzt.

### **... Der Kampf um die Grundrechte**

Der Ausverkauf von öffentlichen Gütern und damit verbundene Privatisierung muss verhindert werden, damit die öffentliche Hand handlungsfähig bleibt und demokratisch kontrollierbar ist.

Die zunehmende Vernetzung der globalisierten Welt bietet Vorteile, birgt jedoch die Gefahr eines Überwachungsstaates. Am aktuellen Beispiel des SWIFT Systems, welches in letzter Sekunde gestoppt wurde, zeigt die Neigung, Menschen immer stärker zu überwachen. Die Speicherung von relevanten Daten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie Krankheits- oder Streiktage lehnen wir kategorisch ab.

Verstärkte Kameraüberwachung und der Einsatz von Nacktscannern stimmt uns bedenklich. Dies schürt die Angst der Menschen.

## **Wirtschaft und Finanzen**

Wir Jusos setzen uns für die Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Deshalb ist für uns die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zentral. Deshalb müssen die Kompetenzen der Betriebsrätinnen und Betriebsräte ausgeweitet werden, um Mitbestimmung über die strukturelle und personelle Ausrichtung zu erhalten.

Darüber hinaus fordern wir Jusos die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte durch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, um die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital auf Augenhöhe zu stellen.

Wesentlich für uns ist auch die Gleichstellung der Geschlechter. Obwohl Frauen oft bessere Abschlüsse und Qualifikationen als Männer vorweisen können, erhalten sie bis zu 20 % weniger Lohn. Dies ist unakzeptabel! Für uns gilt der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Seit einigen Jahrzehnten wurde die Zahl der öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt, massiv

eingeschränkt. Die Neoliberalen sehen Staat und Markt als zwei sich ausschließende Gegensätze. Deshalb vertreten sie die „Ideologie des schlanken Staates“, die einen weitgehenden Rückzug des Staates beinhaltet. Nach neoliberalen Gedankengut herrscht der Irrglaube, öffentliche Aufgaben können in einer Wettbewerbssituation effektiver organisiert werden. In diesem Zusammenhang wird der Verkauf von öffentlichem Eigentum als Mittel zur Sanierung der Haushaltssituation betrachtet. Allerdings wird dadurch nur ein kurzfristiger Stroheffekt erzielt, da die öffentlichen Haushalte nur kurzfristig durch die Verkäufe Geld erzielen konnten, langfristig jedoch durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum in ihrer politischen Handlungsfähigkeit eingeschränkt wurden.

Auch die rückgängigen Steuereinnahmen belasten die Kommunen und tragen entscheidend zu einem Ausbluten der öffentlichen Hand bei. Die von schwarz-gelb beschlossenen Steuersenkungen bedeuten alleine für die Kommunen bis 2013 Mindereinnahmen von 25 Millionen Euro. Bereits im Jahr 2009 gingen die Steuereinnahmen der Gemeinden um zehn Prozent zurück. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Menschen, die in ihren Kommunen auf öffentliche Güter und Dienstleistungen angewiesen sind. Sie erleben, wie der öffentliche Personennahverkehr ausblutet, öffentliche Büchereien und Schwimmbäder geschlossen werden, öffentliche Gebäude nicht mehr renoviert werden können und die Gebühren erhöht werden. Außerdem wird den Kommunen die Möglichkeit genommen, dringend benötigte Investitionen zu betätigen, wodurch auch mittelständige Unternehmen weniger Aufträge erhalten.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Staat und Markt nicht als Gegensätze, sondern verstehen den Staat als Mittel der politischen Gestaltung, um nicht den freien Kräften des Marktes die Kontrolle zu überlassen, da diese soziale Ungleichheiten erweitern.

Wer eine fortschrittliche Politik will, muss sich mit Aufgaben und Rolle des Staates beschäftigen. Dabei ist für uns die Öffentliche Daseinsvorsorge, ein gleichberechtigter, diskriminierungsfreier Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen unentbehrlich.

Deshalb muss es Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik sein, die Einnahmeseite des Staates zu stabilisieren und zu verbreitern. Steuern haben in diesem Zusammenhang eine Schlüsselfunktion, da sie für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums stehen. Gerade Besserverdienende werden weniger stark besteuert als Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen. Für uns Jusos gilt, dass jede und

jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Finanzierung der öffentlichen Hand beteiligt werden muss. Da starke Schultern mehr als schwache Schultern tragen können, müssen sie auch konsequent steuerpolitisch zur Verantwortung gezogen werden. Das bedeutet konkret für uns, dass der Spitzensteuersatz wieder eine angemessene Höhe haben muss. Darüber hinaus fordern wir mit Nachdruck die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine stärkere Besteuerung von Erbschaften.

Die Einnahmeseite des Staates muss auch durch einen Umbau der Sozialsysteme erreicht werden. Auch diesbezüglich gilt für uns, dass jede und jeder sich an der Finanzierung der Sozialsysteme beteiligen muss. Deshalb sprechen wir uns für die Umwandlung des Gesundheitswesens zu einer Bürgerinnenversicherung aus, in die auch Beamtinnen und Beamte einzahlen und auch weitere Kapitaleinkünfte (Mieten, Zinsen etc.) berücksichtigt werden müssen, um mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Unserer Meinung nach darf die Investitionsfähigkeit des Staates nicht beschnitten werden, da die staatliche Handlungsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden darf. Dies bedeutet, dass der Staat fähig sein muss, in Krisenzeiten konjunkturpolitische Maßnahmen durchführen zu können wie die staatlichen Programme im Rahmen der Finanzkrise 2008. Darüber hinaus darf die Handlungsfähigkeit des Staates nicht beschnitten werden, da der Staat seinen Aufgaben nachkommen muss.

Wir sprechen uns daher für eine antizyklische Wirtschaftspolitik als weiteres Element aus, um die politische Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu sichern. In wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten müssen finanzielle Rücklagen gebildet werden, um Rücklagen für die Krisenzeiten zu haben, die in Form von Konjunkturprogrammen eingesetzt werden können.

Den Begriff „Generationengerechtigkeit, der im Übrigen von der Jungen Union stammt, weisen wir zurück. Er suggeriert, dass es nur die Interessen der jungen und der älteren Generation gäbe und sich beide Bevölkerungsgruppen gegenüberstehen würden. Dabei wird missachtet, dass diese Bevölkerungsgruppen sozial verschieden sind. Es gibt sowohl reichere als auch ärmere Menschen in diesen Bevölkerungsgruppen. Während einige ältere Menschen einen hohen Lebensstil haben, breitet sich die Altersarmut immer mehr aus. Der prekären Lebenssituation junger Menschen stehen wenige junge Erwerbstätige gegenüber, die über höhere Einkommen verfügen. Deshalb lehnen wir den Begriff „Generationengerechtigkeit“ ab. Die Schuldenbremse lehnen wir aufgrund unseres Staatsverständnisses und unserer Gerechtigkeitsverständnisses ab.

Die Finanzkrise des Herbstes 2008 konnte nur durch bis dahin unvorstellbare

Rettungspakete des Staates abgedeckt werden. Während sich die internationalen Finanzgeschäfte langsam erholen, prägte eine tiefe Rezession die Realwirtschaft. Neoliberale sehen den Ruf nach staatlichen Eingriffen als notwendigen Zwischenschritt, um wieder ihre ursprüngliche Politik fortzuführen. Ein Versagen ihrer Politikvorstellungen sehen sie nicht ein. Dementsprechend hat sich eine neue Finanzarchitektur nicht durchsetzen können, sodass die Verluste und Risiken durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler getragen wurden/ werden.. Es gilt nun, strukturelle Veränderungen des Finanzsystems vorzunehmen.

Die Wirtschaftspolitik muss neu ausgerichtet werden, um eine stärkere gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten zu erreichen. Statistische Erhebungen zeigen, dass die Binnennachfrage in Deutschland seit Jahren schwächelt. Durch steuerpolitische Umverteilungen müssen höhere Einkommen, Kapitaleinkünfte sowie Unternehmensgewinne stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Außerdem muss der Staat, wenn er finanzielle Hilfen gewährt, entsprechende Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Des Weiteren fordern wir die Einführung von Kontrollmitteilungen durch die Banken und eine Börsenumsatzsteuer. Da die Finanzkrise nicht nur national zu bekämpfen ist, ist eine neue internationale Finanzarchitektur notwendig. Deshalb sind für uns die Bekämpfung von Steueroasen, das Verbot von Hedge-Fonds, die Einführung einer tobin-tax sowie Regeln für einen Eingriff in Geldmärkte erforderlich. Eine europäische Finanzmarktaufsicht ist erforderlich, um die Akteure und Finanzprodukte auf Grundlage der bestehenden Regeln zu genehmigen und zu kontrollieren.

## **II. Der Zustand der SPD**

Die Bundestagswahlen 2009 haben mit einem katastrophalen Wahlergebnis den Niedergang der SPD auf einen neuen Tiefpunkt gebracht. Die Sozialdemokratie braucht dringend inhaltliche und organisatorische Erneuerung, um ihren Status als linke Volkspartei wiederzugewinnen. Darüber hinaus wird ein sozialdemokratisches Projekt benötigt, das als sozialdemokratische Vision über die Tagespolitik hinausgeht. Dabei muss die SPD die soziale Gerechtigkeit und soziale Teilhabe wieder konsequenter in das Zentrum ihrer Politik stellen.

Hinzu kommt, dass die Sozialdemokratie in eine Glaubwürdigkeitslücke geraten ist. Während in Wahlprogrammen vehement für gute Arbeit, öffentliche Daseinsvorsorge, die Regulierung der Finanzmärkte gefordert und die Erhöhung der Mehrwertsteuer

abgelehnt wurde, wurde in Regierungsverantwortung die Mehrwertsteuer erhöht, Leiharbeit ausgeweitet, der Börsengang der Deutschen Bahn eingeleitet und die Finanzmärkte teilweise dereguliert. Dadurch hat die Sozialdemokratie an Glaubwürdigkeit und Profil verloren. Die Gerechtigkeitslücken bei der Hartz-Gesetzgebung und bei den Gesundheitsreformen wie beispielsweise die Privatisierung des Krankengeldes und die Zusatzprämie haben das sozialpolitische Profil erschüttert. Diese Gerechtigkeitslücken und Ungerechtigkeiten, die zahlreiche Stammwählerinnen und Stammwähler vergrault haben, überdeckten die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik wie beispielsweise den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, die Ablehnung des Irakkrieges 2003, das Recht zur Nachholung des Hauptschulabschlusses sowie die gesellschaftspolitische Reformen.

Die inhaltliche Erneuerung der SPD kann über die Entwicklung eines sozialdemokratischen Gegenmodells zum neoliberalen Zeitgeist erfolgen. Hierfür bieten sich für die Sozialdemokratie konkret folgende Projekte an, mit denen sie sozialpolitisches Ansehen zurückgewinnen und sich von der politischen Konkurrenz abgrenzen kann: Die Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Menschen konkret jeden Tag die Bedeutung öffentlicher Güter und Dienstleistungen wie ÖPNV, Strom, Wasser sowie kultureller Angebote und Dienstleistungen erfahren lässt. Außerdem bietet sich in der Frage der Steuerpolitik eine Abgrenzungsmöglichkeit, wenn die Verteilungsfrage des gesellschaftlichen Reichtums stärker thematisiert wird. Steuer haben eine Umverteilungsfunktion. Dementsprechend muss der Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen können als schwächere sich stärker in sozialdemokratischer Programmatik widerspiegeln. Konkret bieten sich hier gesellschaftliche Debatten um die Höhe der Steuersätze, einer verfassungskonformen Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie der Besteuerung von Börsen- und Unternehmensgewinnen an.

In den Feldern der Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik bietet sich die Möglichkeit der Profilierung über die Reformprojekte Arbeitsversicherung und Bürgerinnenversicherung an, die als Umverteilungs- und Umlagekonzepte in einem Kontrast zu dem Abbau des Sozialstaates stehen. Auf Landesebene bietet sich die Möglichkeit einer Auseinandersetzung über bildungspolitische Fragen wie Schulstrukturen, Lernmittelfreiheit und Studiengebühren.

Wichtig ist aber auch, dass die Sozialdemokratie in Zukunft vor Wahlen keine Koalitionsaussagen vor Wahlen mehr macht und auf Grundlage des Wahlprogramms, das in Zusammenarbeit mit den Gliederungen der Partei und gesellschaftlichen Bündnispartnern erarbeitet wurde, um das Vertrauen der Wählerinnen und Wählern

wirbt. Koalitionsoptionen ergeben sich aus dem Wahlergebnis und dem Wahlprogramm. Nur so kann die SPD die strategische Sackgasse, die sich im Bundestagswahlkampf 2009 ergeben haben, verlassen. Gleichwohl gilt, dass nur mit der Sozialdemokratie eine sozial-fortschrittliche Politik möglich ist.

Neben der inhaltlichen Erneuerung der SPD muss sich die Partei auch organisatorisch neu aufstellen. Während der Regierungszeit wurden einige Entscheidungen der Partei von oben diktiert und Parteitagsbeschlüsse wie beispielsweise die Ablehnung der Bahnprivatisierung weitgehend ignoriert. Gerade weil die Sozialdemokratie von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder lebt, muss die innerparteiliche Demokratie gestärkt werden. Deshalb gilt es, Konzepte zu entwickeln, die den Mitgliedern verstärkt Angebote der politischen Partizipation bieten. Dies können inhaltliche Programmforen, Programmparteitage, Mitgliederbefragungen sowie Mitgliederentscheidungen über wichtige programmatische Aspekte sowie die Urwahl von Spitzenkandidaturen und Vorsitzenden sein. Über das Grundsatzprogramm muss auf jeden Fall per Mitgliederentscheid abgestimmt werden, da es das programmatische Herz der Partei ist.

Zentral dabei ist, dass die Parteimitglieder ernst genommen werden und auch organisatorisch die Möglichkeit der Mitarbeit haben. Das bedeutet konkret, dass nicht alle Funktionen in den programmatischen Foren mit hauptamtlichen Funktionären und/oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern besetzt werden dürfen.

Die organisatorische Erneuerung der Sozialdemokratie beinhaltet auch die verstärkte Zusammenarbeit mit politischen und gesellschaftlichen Bündnispartnern wie den Gewerkschaften des DGB und den Sozialverbänden.

### **III. Die Rolle der Jusos**

#### **Jusos heißt Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD**

Wir Jusos sind keine Wahlkampf-, Jubel- oder Plakatiertruppe der SPD, sondern stehen als Richtungsverband in kritischer Solidarität zu unserer Mutterpartei. Wir wollen eigene Konzepte jenseits des neoliberalen Mainstreams entwickeln, für die wir um gesellschaftliche Zustimmung kämpfen.

Wir Jusos bekämpfen Unterordnungen, Ungerechtigkeiten und Fremdbestimmungen, die Menschen alltäglich erfahren. Unser Ziel ist die Emanzipation des Menschen- ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Solidarität und Verantwortung. Unserem Anspruch

nach darf kein Mensch in Armut oder Hunger leben, verfolgt, ausgebeutet, erniedrigt und verfolgt werden. Dieses Ziel verlangt einen gesellschaftlichen Umbau und politischen Gestaltungswillen. Deshalb bezeichnen wir uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD.

**Unser Ziel** ist die Emanzipation des Einzelnen von der Gesellschaft und die Emanzipation der Gesellschaft von Unfreiheiten und Unterdrückungen. Dabei sind Freiheit und Selbstbestimmung aber auch Leistungen der Gesellschaft, sodass Solidarität für uns notwendig ist, um individuelle Entfaltungschancen zu schaffen.

**Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten** geben uns nicht mit der Verwaltung gesellschaftlicher Zustände zufrieden, sondern wollen eigene Ideen entwickeln, um die Gesellschaft sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen. Unser Kampf für eine menschenwürdigere Welt basiert auf den Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung und der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Der demokratische Sozialismus, der sich an der Würde des Menschen orientiert, bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung wir als eine dauerhafte Aufgabe betrachten.

**Wir setzen** uns für benachteiligte Jugendliche ein und scheuen uns nicht, den Finger in die Wunde zu legen, um skandalösen Lebensperspektiven junger Menschen aufzudecken und Benachteiligungen zu beseitigen.

**Wir glauben nicht** an die Allmacht von Parteien und Parlamenten. Unserer Meinung nach entsteht Politik, wann immer Meinungen und Interessen geäußert werden. bedeutet für uns den Dialog und die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern, um die Gesellschaft zu verändern.

**Durch politische Bildungsarbeit** wollen wir junge Menschen befähigen, sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander zu setzen und eigene Meinungen vertreten. Um der neoliberalen Verwertungslogik zu entweichen, ist es Fragen über die Tagespolitik hinaus zu diskutieren und gesellschaftliche Zwänge Entfremdungen zu thematisieren. Hierbei muss sich unsere Politik an orientieren, wie wir leben wollen!

In den letzten Jahren haben wir kontinuierlich unsere Positionen in die SPD und so unseren Gestaltungswillen unterstrichen. So haben wir die Grundideen Arbeitsversicherung und der Bürgerinnenversicherung entwickelt und bereits einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Dies zeigt, dass wir keine ausschließliche Jugendorganisation, sondern Ideenschmiede der Sozialdemokratie sind.

## **IV. Projekte**

### **Projekt Kommunale und Regionale Entwicklung**

Als politischer Jugendverband möchten wir das Projekt Kommunale und Regionale Entwicklung im Jahr 2010 beginnen. Dabei geht es darum, dass die Jusos wieder ein kommunal- und regionalpolitisches Profil entwickeln.

Ziel des Projekts ist:

- Vernetzung der Unterbezirke für gemeinsame Kommunalwahlkampfaktionen
- Inhaltliche Schulung und Qualifizierung unserer Juso-Mitglieder für die Kommunalwahlen 2011
- Stärkere Einbeziehung von jungen Bürgerinnen und Bürgern ins politische Geschehen vor Ort in den Unterbezirken. „Was soll sich vor Ort verändern?“
- Manifestierung von jugendpolitischen Themen im Kommunalwahlkampf und darüber hinaus

Zum Auftakt des Projekts wird allen Jusos das nötige Fachwissen über die Rolle und die Aufgaben der Kommune sowie ihren Wirkungsbereich vermittelt (Stichwörter: Kommunale Selbstverwaltung und Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO).

Weitere Themen werden sein:

- Wie stehen die Jusos zum Thema Region Braunschweig
- Mobilität in der Region Braunschweig
- Zusammenlegung von Kommunen
- Was kann und was soll Kommune leisten?

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein offenes Projekt, das ohne die Mithilfe der Unterbezirke nicht funktionieren kann. Aus diesem Grund sind alle Unterbezirke aufgerufen, sich bei der Vorbereitung wie auch der Durchführung der Kampagne aktiv zu beteiligen! Wir werden als Bezirk die Themen und Wünsche der jungen Menschen sammeln und diese in den Kommunalwahlkampf mit einfließen lassen.

### **Arbeitsgruppe der Juso- Schülerinnen und Schüler**

Wir machen jungsozialistische Politik von Schülerinnen und Schüler für Schülerinnen und Schüler in der Region Braunschweig.

Wir kämpfen für freie, gute und kostenfreie Bildung für Alle.

Wir fordern Chancengleichheit und eine gemeinsame, integrative Schule.

Es ist unsere Überzeugung, dass wir unsere Ziele nur mit der Überwindung des jetzigen

Schulsystems erreichen. Das selektierende Schulsystem verhindert Chancengleichheit durch soziale Auslese. Zudem muss man für Lernmittel Geld bezahlen, was vor allem Menschen mit finanziellen Nachteilen höhere Bildung vorenthält. Außerdem verhindert das jetzige Bildungssystem durch Profiltrichter und Selektion die für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen wichtige freie Entfaltung. Wir treffen uns regelmäßig und wollen unsere jungsozialistischen Bildungsideale verwirklichen. Deshalb unterstützen wir mit allen Kräften die Schulstreiks. Wir entwickeln die Ideen der Zukunft, denn wir sind die Zukunft

### **Juso-Frauenforum**

Frauen stellen in unserem Verband noch immer eine Minderheit dar, aus diesem Grund haben wir im letzten Jahr das Frauenforum ins Leben gerufen. Diese autonome Frauenstruktur vernetzt die Frauen in unserem Bezirk und bietet zusätzlichen Raum für Diskussionen.

Wichtig ist außerdem der Erfahrungsaustausch, denn auch wenn Frauen unterschiedlich sind, treffen sie häufig auf ähnliche Situationen. Solidarität ist entscheidend, wenn etwas verändert werden soll, so bietet das Frauenforum Unterstützung im Kampf für Gleichstellung und gegen auftretenden Sexismus in den Unterbezirken.

Bei den regelmäßigen Treffen wird über frauenpolitische Inhalte informiert und diskutiert. Zusätzlich soll noch Platz für ergänzende Veranstaltungen bleiben. Die Vernetzung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ist für das Frauenforum besonders von Bedeutung. Die Juso-Frauen müssen verstärkt in der AsF auftreten, denn wer kennt die Belange der jungen Frauen besser als die jungen Frauen selbst?

### **Projekt Afghanistan**

In diesem Projekt soll allen interessierten Jusos im Bezirk Braunschweig die Möglichkeit gegeben werden, sich mit dem Konflikt in Afghanistan und dem dortigen Bundeswehreininsatz ausführlich zu beschäftigen. Wir sind der Meinung, dass es sich hierbei nach der internationalen Afghanistankonferenz in London und der von der SPD mitgetragenen Mandatsverlängerung durch den Deutschen Bundestag weiterhin um ein Thema von zentraler politischer Bedeutung handelt.

Darum möchten wir zunächst in einem ersten Projekttreffen offene Sachfragen zu dem

Konflikt, insbesondere der Entwicklung seit 2001 und zu dem NATO-geführten Militäreinsatz klären. Anschließend sollen in mindestens zwei weiteren Sitzungen die Positionen verschiedener politischer Akteure anhand einiger Leitfragen verglichen und diskutiert werden. Ziel ist es, am Ende eine eigene Position für den Juso-Bezirk Braunschweig zu formulieren.

Mittelfristig soll darüber hinaus für Interessierte die Möglichkeit bestehen, das Projekt mit weiteren Themen aus den Feldern Internationales und Europa fortzusetzen.

## **Projekt Wirtschaft**

In den letzten Jahren haben wir im Bezirk Braunschweig bereits intensiv über das Themenfeld Arbeit und Soziales diskutiert und haben Ideen entwickelt, jedoch haben wir immer den Aspekt Frauen in der Wirtschaft eher am Rande behandelt. Dies ist ein wichtiger Aspekt in der Gesellschaft, welcher auch näher betrachtet werden sollte. So dass dieses Jahr das Projekt Wirtschaft zum Thema „die weiblichen Aspekte der Wirtschaftspolitik“ arbeiten wird.

Hierbei soll erneut der Frage nachgegangen werden: Wie können wir das Leben sozial gerechter gestalten.

Es werden sich wahrscheinlich Schnittpunkte mit den Projekten Öffentliche Daseinsvorsorge und dem Frauenforum ergeben. Diese sind gewollt und gewünscht, so dass das Thema stärker in den Vordergrund rücken kann.

Explizit wird sich dieses Projekt mit drei Teilbereichen auseinandersetzen:

- Die verstärkte Beschäftigung von Frauen im Niedriglohnsektor. Wieso ist es auch in der heutigen Gesellschaft noch so, dass Frauen nur als Zuverdienerinnen gesehen werden? Das Geschlecht als Beschäftigungshemmnis
- Altersarmut unter Frauen. Wie sind die Bedingungen für Frauen um eine angemessene und ausreichende Rente zu erhalten? Was können wir tun um Frauen vor dem Problem der Altersarmut zu schützen und wie spielt der Faktor Reproduktionsarbeit hier eine Rolle.
- Frauen und die Teilhabe im Wirtschafts- und Berufsleben. Noch heute existiert in Deutschland ein pay gap von 23% zwischen Männern und Frauen. Nur eine Frau sitzt in einem Vorstand der 30 DAX Unternehmen. Frauen stoßen in ihrer Karriere schnell an eine gläserne Decke. Wie ist es möglich Abhilfe zu schaffen und die Wirtschaft nicht von Vorurteilen dominieren zu lassen?

Dies sind einige wichtige Fragen die wir hoffentlich im kommenden Jahr diskutieren können, denn eine Strategie für eine gerechtere Gesellschaft wird immer notwendiger.

### **Projekt Öffentliche Daseinsvorsorge**

Das Thema öffentliche Daseinsvorsorge hat zentrale Bedeutung, um ein sozialdemokratisches Gegenmodell zum Neoliberalismus zu entwickeln. Zu Beginn soll sich mit der gegenwärtigen Situation der öffentlichen Hand auseinander gesetzt werden. Dabei wollen wir uns mit der Situation der Kommunen auseinandersetzen und fragen, welche Güter und Dienstleistungen sie zur Verfügung stellen sollen und welche Bedeutung diese für das alltägliche Leben der Menschen haben. Daran schließt sich die Frage, welche Aufgaben ein Staat hat. In einer Veranstaltung wollen wir uns mit den Aufgaben eines Staates und seiner Handlungsfähigkeit auseinandersetzen und Argumente, die gegen öffentliche organisierte und demokratisch legitimierte Daseinsvorsorge genannt werden, entkräften.

In der politischen Praxis wird häufig Public Private Partnership als scheinbares Wundermittel der Städte und Gemeinden in Finanznöten gesehen. Wir wollen uns kritisch mit dem Thema PPP auseinandersetzen, indem wir anhand ausgewählter Beispiele die Folgen dieses Konzeptes beleuchten.

Abschließend soll unsere jungsozialistische Vision der Öffentlichen Daseinsvorsorge anhand konkreter Fallbeispiele verschriftlicht werden.

### **Projekt Rechtsextremismus**

#### **Fortsetzung des Projekts Mit Recht gegen Rechts**

An der Ausgangslage hat sich bisher nicht viel geändert. Der Verfassungsschutzbericht spricht zwar von leicht fallenden, offiziell gemeldeten, Straftaten aus dem rechtsextremen Spektrum, jedoch ist hier nicht von einer Beruhigung zu sprechen. Die heraufziehende Kommunalwahl 2011 in Niedersachsen wird uns eine Auseinandersetzung, gerade auch in unserem Bezirk bescheren. Gleichzeitig gilt es den Blick nach Außen zu schärfen.

Bleibt uns auf der einen Seite der Blick in die Region, welche schon beim Projektseminar im Herbst 2009 beleuchtet wurde, müssen wir und auf der anderen Seite mit Problemen in unseren Nachbarländern widmen. Rings um uns herum Erblühen rechte Parteien. Wahlerfolge lassen sich nicht mehr nur an einer Hand abzählen, sonder sind traurige Regel geworden.

England (National Party), Frankreich (Front National), Geert Wilders aus den Niederlanden mit seiner Partei für Freiheit und die jüngsten Wahlerfolge in Ungarn und der damit bevorstehenden Diskussion über die Sinti und Roma, sind nur einige Beispiele, welche die Brisanz verdeutlichen sollen.

Daher soll die Kampagne wie folgt fortgesetzt werden: Wir möchten erneut in Abend-, Tages- oder Wochenendseminaren Interessierte schulen bzw. informieren.

- Wie finanziert sich die rechte Szene
- Wie begegnen wir der Szene im Wahlkampf
- Welche Beziehungen bestehen ins Ausland
- Welche rechten Parteien sind im europäischen Parlament
- Wie ist die Auseinandersetzung in anderen europäischen Ländern

Alle diese und weitere Fragen, die Euch interessieren möchten wir versuchen im kommenden Jahr zu beantworten. Der Fokus soll dabei vor Allem auf der Kommunalwahl bzw. der Auseinandersetzung mit der NPD dabei sein und zum Anderen rechte Parteien bei unseren europäischen Nachbarn.

## **Projekt Umwelt**

Nach uns die Sintflut scheint der Grundsatz der aktuellen Umweltpolitik in Bezug auf Atomenergie in Deutschland zu sein. Die Nutzung der Atomenergie ist mit zahlreichen gravierenden Sicherheitsproblemen sowie der noch immer ungelösten Frage der Endlagerung des radioaktiven Brennstoffes verbunden.

Kernkraft ist eine Risikotechnologie, die niemals hundertprozentig sicher sein kann. Es herrscht die permanente Gefahr einer atomaren GAU wie in Tschernobyl. „Kleinere“ Störfälle wie in den sicher geglaubten Atomkraftwerken Krümmel und Brokdorf verdeutlichen das Problem.

Ein weiteres Problem ist die Endlagerung. Gerade deshalb fordern wir Jusos weiterhin den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Am beschlossenen Ausstieg darf nicht gerüttelt werden. Unser Ziel als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist, es dafür zu sorgen, dass Projekte gestartet werden, die die Kampagne der Atomlobby, welche Kernenergie als umweltpolitische Wohltat vermarkten will, gestartet werden und die Bevölkerung aufgeklärt dahingehend aufgeklärt wird.

Im Rahmen eines Projekts Umwelt und Energie wollen wir neue Lösungen und Konzepte entwickeln, um unsere Energie zukunftsfähig ohne Atomenergie zu verwirklichen.

## **5. Organisation des Juso-Bezirks**

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen.

Zum Bezirksvorstand können alle Jusos des Bezirks erscheinen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden.

Alle zwei Monate soll eine rein inhaltliche Sitzung erfolgen. Die Inhalte ergeben sich aus den Projekten und können auf den Sitzungen, genannt Plena, unter Beteiligung zahlreicher Jusos eingehend diskutiert werden.

Die Sitzung im Monat danach ist dann eine organisatorische Sitzung, welche ohne inhaltliches Thema erfolgt.

In der Organisationsform des BeVo soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt.

Ergänzend sollen verstärkt wechselnde Sitzungsleitungen im BeVo Anwendung finden, um alle an der Arbeit zu beteiligen.

Die Sitzungen finden einmal im Monat statt. Es wird ein Protokoll für die organisatorischen Sitzungen geschrieben. Dieses erfolgt durch den Bezirksvorstand und wird über den Verteiler veröffentlicht.

Um eine kontinuierliche Kommunikation zwischen Bezirk und den Unterbezirken zu ermöglichen und bei Problemen immer erreichbar zu sein, wird jedes Bezirksvorstandsmitglied 1-2 Unterbezirke betreuen.

Die Ergebnisse der Bezirksprojekte wollen wir weiterhin in der „S8- Das Magazin der Jusos im Bezirk Braunschweig“ online veröffentlichen, um die Ergebnisse der Bezirksarbeit in die Unterbezirke zu tragen. Außerdem wollen wir den Veranstaltungskalender weiterführen, der die Termine der Unterbezirke zusammenfasst.

### **Basic-Seminar**

Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden.

Die Basic-Seminare finden halbjährlich und darüber hinaus auf Anfrage der Unterbezirke statt.

## **Orga-Seminar**

Das Orga-Seminar soll die organisatorischen Fähigkeiten der Jusos im Bezirk Braunschweig verbessern. Dabei sollen an konkreten Vorhaben der Unterbezirke und Juso-Agen die Grundlagen der Projektorganisation und der Sitzungsleitung geübt werden. Das Orga-Seminar soll somit Ausgangspunkt der Arbeit der Unterbezirke sein; es findet in Absprache mit einzelnen Unterbezirken statt.

## **Projektseminar und Projekte**

Die Arbeit in den Projekten füllt einen großen Teil der inhaltlichen Debatte innerhalb des Bezirks aus. Um die Ergebnisse und Problematiken der jeweiligen Projekte allen Genossinnen und Genossen zugänglich zu machen wird erneut ein Projektwochenende in Seminarform ausgerichtet. Diese Vorgehensweise hat sich als erfolgreich erwiesen. Die Projekte erhalten die Möglichkeit ihre Arbeit vorzustellen und durch inhaltliche Debatten Probleme zu erörtern und zu lösen.

Die Bezirksplena, bei denen es sich um Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig handelt, können zusätzlich für inhaltliche Debatten der Projekte genutzt werden. Allen Aktiven wird somit eine bereite Möglichkeit der Partizipation geboten. Die Plena könne auch dazu genutzt werden um die inhaltliche Arbeit oder Aktionen der UBs vorzustellen.

Die Bezirksplena werden vom Bezirk gemeinsam mit dem gastgebenden Unterbezirk durchgeführt. Sie erfolgen alle zwei Monate als regelmäßige Sitzung des Bezirksvorstands und auf Anfrage der Unterbezirke.

## **Verbandstage**

Neben der zahlreichen inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder versuchen kulturelle Angebote zu machen. Darunter fällt beispielsweise gemeinsames Grillen, Filmeabende etc.

## **Mitgliederwerbung**

Ausgehend von Initiativen aus den Unterbezirken wird der Bezirk aktiv Veranstaltungen zur Verbund neuer Mitglieder unterstützen. Diese sollen sich nicht nur an neue

Mitglieder sondern auch an neu eingetretene Mitglieder wenden. Die Unterstützung soll personeller Natur sein.

Ziel soll es sein, neben der Mitgliederwerbung, Mitglieder für die Parteiarbeit zu begeistern und wieder neu zu aktivieren. – Eine lebendige Partei lebt von aktiven Mitgliedern.

## **A 2: Gleichstellungsarbeitsprogramm 2010/11**

Weltweit leiden Frauen unter patriarchalen Strukturen, dies äußert sich auf unterschiedlichste Weise und in unterschiedlichen Graden der gesellschaftlich akzeptierten oder sogar geförderten Gewalt. Das Juso-Frauenforum wird sich deshalb im nächsten Jahr mit dem Thema: Frauen – Sexualität – Gewalt auseinandersetzen und darüber informieren.

Die folgenden Bereiche geben einen kurzen Überblick darüber, dass die Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen nicht nur auf ökonomischem Wege funktioniert. Ziel soll nicht dabei sein das eine gegen das andere auszuspielen, sondern andere Seiten von Unterdrückung und Diskriminierung aufzuzeigen.

### **1. Frauen – Sexualität – Gewalt: Gleichstellung nicht nur ökonomisch!**

#### **... Sex ja – Verantwortung nein: Verhütung ist immer noch Frauensache?!**

Am 1. Juni 1961 kam "Anovlar", die Pille, auf den deutschen Markt und wurde als Auslöser der sexuellen Befreiung gefeiert. Bei den Frauen schwand jedoch nach einiger Zeit die Pilleneuphorie. Viele klagten über die Nebenwirkungen der hohen Hormondosen: Blutgerinnsel, Gewichtszunahme, das Schlaganfallrisiko stieg. Auch heute sind die Folgen dieser jahrelangen Hormoneinnahme, z.B. im Bezug auf ein steigendes Krebsrisiko nicht abzusehen. Zudem kommt noch, dass die Pille die Frau sexuell instrumentalisiert.

Insbesondere in festen Beziehungen dominiert „weibliche“ Verhütung: Frauen vertrauen auf Verhütungsmittel, während Männer Frauen vertrauen. So haben sich die Männer schnell daran gewöhnt, das Thema Verhütung mit der Unterhose abzustreifen. Klar, Frauen kriegen die Kinder. Also sollen sie sich auch um die Verhütung kümmern! Wer heute noch schwanger wird, ist selber schuld! Männer werden hier völlig aus ihrer Verantwortung entlassen, denn diese Vorurteile lassen eines außer Acht: Schwanger wird eine Frau nicht von alleine.

Frauen werden nicht nur in Sachen Verhütung sondern auch bei einer Abtreibung von ihren Partnern häufig allein gelassen und allein kriminalisiert.

Auch ist davon auszugehen, dass der Sexualunterricht in der Schule nicht ausreichend ist. Immer noch gibt es ein großes Wissensdefizit bei jungen Menschen im Bereich der Sexualität. Die Folgen hierfür tragen meist die Mädchen und Frauen. Eine ungewollte Schwangerschaft und eine eventuell daraus resultierende Abtreibung ist körperlich aber vor allem psychisch eine enorme Belastung.

### **... Weiblichkeit, Sexualität und Medien**

Auch heute noch werden viele junge Mädchen in der Familie nicht richtig aufgeklärt. Frauenbild und Weiblichkeit werden zunehmend durch die Massenmedien beeinflusst. Primär prägend sind jedoch die sozialen Milieus. Materielle Benachteiligung und Bildungsferne sind für die Ausbildung einer emanzipierten Weiblichkeit nachteilig. „Sexism sells“ scheint das neue Werbemotto zu sein. Oft dient die Frau -in der Werbung für Männerprodukte- als Objekt der Begierde. Teilweise geht das so weit, dass die Frau zur Ware zu werden scheint. Sexismus in der Werbung reicht von Rollenklischees bis zur Verharmlosung von Gewalt an Frauen.

Auch beim Sport macht der Sexismus kein Halt. So sind seit Jahren die Bekleidung der Beachvolleyballerinnen immer winziger geworden, ebenso beim Tennis und beim Volleyball. Diese Tendenz ist nur bei den Frauen in bestimmten Sportarten festzustellen.

Doch auch wenn halb nackte Frauen in unserer Gesellschaft als Werbefiguren oder als Anschauungsobjekte (siehe „Bild-Seite1-Girl“) dienen, so wird ihre eigene Sexualität doch tabuisiert. Dieses Verhalten beginnt bereits im Kleinkindalter. Zu diesem Zeitpunkt hat das männliche Geschlechtsteil einen Namen, über das weibliche hingegen wird geschwiegen.

Auch wird später unter Freundinnen nicht mit der eigenen sexuellen Aktivität geprahlt wie es jedoch bei den Männern zum Teil üblich ist. Sollte jedoch eine Frau uneingeschränkt zu ihrer Sexualität stehen wird sie als Schlampe abgetan, oder es wird vermutet, dass es sich bei ihr um einen Mann handeln muss (Beispiel: Lady Gaga). Dieses Schweigen führt dazu, dass Mädchen und auch Frauen zum Teil keine wirkliche Beziehung zu ihrer Geschlechtlichkeit aufbauen können. Daraus resultieren dann wieder die sexuellen Mythen der Gegenwart und eine wieder ansteigende Zahl von Teenagerschwangerschaften.

### **... Sexuelle und sexualisierte Gewalt – Gewalt ist kein Spaß**

Frauen werden nach wie vor überdurchschnittlich oft Opfer von (häuslicher) Gewalt. Es werden bundesweit jährlich ca. 13.000 Fälle von sexueller Nötigung bzw.

Vergewaltigung angezeigt. Die Dunkelziffer wird auf das Zehn- bis Zwanzigfache geschätzt.

Schuld an einem Übergriff ist immer der Täter, nie das Opfer. Sex muss immer freiwillig sein. Wenn eine Frau Nein sagt, bedeutet das auch Nein, egal, was vorher geschehen ist.

Das Motiv für sexualisierte Gewalt ist nicht Sexualität, sondern Macht. Sexualität wird funktionalisiert, um Frauen und Mädchen zu demütigen, sie zu erniedrigen und zu unterdrücken, mit dem Ziel, sich selbst als mächtig zu erleben.

Sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen hat viele Erscheinungsformen. Sie beginnt mit der "alltäglichen Anmache", mit frauenfeindlicher Sprache, Witzen und Beschimpfungen, die wohl jede Frau und jedes Mädchen kennt und die oftmals nicht einmal als Gewalt definiert wird, eben weil sie so häufig vorkommt, dass sie wie normal erscheint. Diskriminierungen verschiedener Art begegnen Frauen in der Werbung, in den Medien, im Internet etc. und Mädchen und Frauen sind in vielfältigen Situationen von tätlicher sexualisierter Gewalt bedroht: Sexuelle Belästigungen im Alltag, am Telefon und am Arbeitsplatz sind keine Ausnahmefälle.

Gewalt beginnt dort, wo Mädchen und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden, also bereits dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um nicht beleidigt, belästigt oder bedroht zu werden.

### **... Stalkinggesetz geht nicht weit**

Frauen, die Stalkingopfer sind, müssen immer vor Gewalt geschützt werden und nicht mehr nur bei physischer Gewalt sondern auch bei psychischer Gewalt, denn sie ist genauso unzumutbar. Es darf nicht immer erst dann dem Stalkingopfer geholfen werden, wenn sie oder nahestehende Personen durch den Täter geschädigt werden, sondern wenn schon eine geringe Einschränkung der Stalkingopfer im Leben durch den Täter besteht. Mit dem §238 StGB „Nachstellungen“ geht es zwar schon in die richtige Richtung, jedoch wird es den Opfern immer noch schwer gemacht sich gegen die psychische Gewalt zu wehren und die Täter gerecht zu bestrafen.

### **... Menschenhandel – Sexarbeit für Europa**

Betroffen von Menschenhandel sind fast ausschließlich Frauen, die zur Sexarbeit

gezwungen werden sollen. Gelegentlich werden diese Menschen verschleppt, meistens jedoch in ihrer Heimat ihrer Lebensgrundlage beraubt und anschließend zunächst mit Hilfe von Lügen, später mit Gewalt zur Migration genötigt.

Im Zielland erwartet alle ein ähnliches Schicksal. Sie geraten in Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse. Besonders der Umfang der sozialen Abhängigkeit macht die Frauen erpressbar.

Eine Rückkehr ins Herkunftsland ist für viele Menschenhandelsopfer sehr gefährlich. Ständig müssen sie fürchten, denen zu begegnen, die den Menschenhandel organisiert haben. Ein Leben in der Heimat ist nicht mehr möglich.

Das Wissen über ihre Situation und die erfahrene Gewalt und Demütigung rufen ein generalisiertes Misstrauen, emotionale Abstumpfung daraufhin Identitätsverlust hervor. Der zu erhaltende Aufenthaltsstatus bei einer Eheschließung ist für statuslose Frauen der dauerhafte Ausweg aus einem Leben in der ständigen Angst vor sexuellen Übergriffen und ums Überleben. Es hat sich mittlerweile ein organisierter Markt zur Vermittlung von Scheinehen aufgebaut, indem der Mensch in gestaffelten Preiskategorien angeboten wird. So kommen die Frauen wieder zurück in die Abhängigkeit und in vielen Fällen wieder in ein ausbeuterisches Verhältnis.

### **... Genitalverstümmelung – ein grausames Ritual**

Überall auf der Welt leiden Frauen und Mädchen unter einer Genitalverstümmelung. Hierunter versteht man die Beschneidung der weiblichen Genitalien. Bei der weibliche Geschlechtsorgane teilweise oder ganz entfernt werden. Die Eingriffe erfolgen vom Säuglings- bis ins Erwachsenenalter; in den meisten Fällen jedoch vor Beginn oder während der Pubertät.

Die betroffenen Frauen leiden ihr ganzes Leben unter diesem Eingriff. Die Beschneidung selbst verursacht starke Schmerzen und kann Infektionen führen, da sie nicht unter hygienischen Bedingungen vorgenommen werden und dass Schneidewerkzeug für mehr als eine Frau/ein Mädchen benutzt wird. Die Beschneidung führt zu einem verminderten Lustempfinden bzw. Schmerzen beim Sex und beim Urinieren.

Von den Betroffenen wird jedoch in Befragungen vorgebracht, dass sie keinerlei Einschränkungen haben, jedoch ist hier zu bedenken, dass so gut wie alle Frauen vor der Pubertät beschnitten werden und somit nur den Sex nach der Beschneidung kennen.

Als Begründung für die Beschneidungen wird neben dem Willen zur Verminderung des

Lustempfindens der Frau auch angegeben, dass die Frauen daran gehindert werden sollen ihre Jungfräulichkeit vor der Ehe zu verlieren oder später ihrem Mann fremd zu gehen.

In Deutschland leben Frauen, welche beschnitten sind und auch in Deutschland laufen schätzungsweise 4.000 Mädchen unter 15 Jahre Gefahr beschnitten zu werden oder für eine Beschneidung in das Heimatland ihrer Eltern gebracht zu werden.

## **2. Frauen in der SPD**

Auch in der eigenen Partei werden Frauen über ihr Aussehen definiert. Und wer kennt ihn nicht den Spruch: „Die hat sich doch hochgeschlafen...“? Frauen müssen sich in manchen Ortsvereinen oder Fraktionen schon eine halbe Stunde vorher treffen, um Schnittchen für die Sitzungen vorzubereiten. Frauen werden häufig nur bestimmte Aufgaben zugetraut und bestimmte Eigenschaften zugebilligt und sind demnach nur bedingt oder nur für bestimmte Bereiche von Politik geeignet.

Die in der Gesellschaft bestehenden Probleme existieren genauso in der Partei. Das mag banal klingen, ist aber noch nicht bei allen angekommen. Daran haben verschiedene Probleme ihren Anteil:

### **... Strukturen**

Das typische Bild eines gelungenen Parteitages sind lange hitzige Debatten, in denen sich die Kontrahenten nach Art römischer Senatoren die Meinung sagen. Natürlich darf auch eine lange Ansprache des Vorsitzenden nicht fehlen, der mal richtig sagt, wo es lang geht. – Jemand spricht, der Rest hört zu. Je lauter, desto besser! Erst wenn der politische Gegner so richtig in die Pfanne gehauen wird, kommt Parteitagstimmung auf.

Ist diese Art, Parteitage abzuhalten neutral oder erscheint, wenn man die Beschreibung liest, vor dem geistigen Auge ein älterer Mann, der politische Erfahrung mitbringt und gerne große Reden schwingt? (z.B. Modell Wehner) Kann es sein, dass diese Art zu gemeinsamen Positionen zu finden, Einzelakteure in den Vordergrund stellt, statt es darauf anzulegen, dass jede Meinung gehört wird und Argumente nicht nur ausgetauscht, sondern auch ernst genommen werden? Zum Beispiel auch die von Frauen, jungen Menschen und Leuten, die nicht so gut deutsch sprechen? Mensch braucht nicht erst eine Statistik über die Redezeit von Frauen und Männern auf Parteitag zu erstellen, um herauszufinden, dass diese Art der Kommunikation hauptsächlich von Männern wahrgenommen wird.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei Sitzungen: hier kommen einige Wenige oft zu Wort, weil sie zu allem etwas zu sagen haben und gern alles in ihren eigenen Worten wiederholen, während eher zurückhaltende GenossInnen schlicht übergangen werden. Wir wollen, dass ALLEN zugehört wird, auch wenn sie leise reden und keine Totschlagargumente vortragen.

### **... Die „Qualifikation“ von KandidatInnen für Wahlämter**

Wann ist jemand für ein Amt qualifiziert? – Wenn ER gut reden kann und Durchsetzungsvermögen hat! ER sollte auch mal auf den Tisch hauen können. Es braucht einen starken Mann. Eine Führungspersönlichkeit mit Autorität. Wer das nicht hat, lässt sich leicht über den Tisch ziehen.

Es ist sicher Zufall, dass diese „positiven“ politischen Eigenschaften allgemein eher Männern zugeschrieben werden. Oft hört man in diesem Zusammenhang (zum Beispiel vom ehemaligen Generalsekretär der SPD): „Politik ist eben so. Wer nichts vertragen kann, hat hier nichts zu suchen.“ Das ist richtig. Politik ist so. Aber muss sie so sein? Soll sie so sein? Wollen wir, dass sie so ist?

Eine Glorifizierung des Machtwortes über Kompromisse ist nicht mit unseren Grundsätzen vereinbar. Jedes Mal, wenn etwas hart durchgesetzt wird, fallen abweichende Meinungen unter den Tisch – sie werden ignoriert. Dies ist nicht unser Bild vom politischen Miteinander.

Ein weiteres Phänomen in unserer Partei ist, dass Frauen zweite Wahl zu sein scheinen. Heide Simonis, die bislang einzige weibliche Ministerpräsidentin in Deutschland, hat es folgendermaßen ausgedrückt: „Als Frau kann man in der Politik nur etwas werden, wenn Männer aus der Kurve fliegen. Man muss nur in der richtigen Kurve stehen.“ Dies kann nicht unser Anspruch an geschlechtergerechte Politik sein.

### **... Frauen in Entscheidungsgremien**

Die Quote ist nach wie vor ein geeignetes Mittel, um Frauen wenigstens pro forma durch die Ämtervergabe zu integrieren. Kern der Quote ist aber nicht, den Frauen Posten zu sichern, sondern sicher zu stellen, dass in der Partei und in unserem Verband die Stimme der Frauen gehört wird. Wie oben beschrieben, haben in dieser Gesellschaft Frauen andere Probleme als Männer. Auch wenn Frauen keine einheitliche Gruppe bilden, sind bestimmte Themen quer durch die Gruppe relevant. Wenn es also „Quotenfrauen“ gibt, dann hat dies den Sinn, Frauen an der Politik, die ihr Leben bestimmt, zu beteiligen.

Doch es nützt alles nichts, wenn man danach nicht bereit ist, diesen Frauen eine echte Gelegenheit zur Äußerung zu geben, sie in die Arbeit einzubinden und ihre Ideen zu hören. Wenn eine „Quotenfrau“ eine „Quotenfrau“ bleibt, ist das vor allem die Schuld des Restvorstandes. – Dieser hat sich nicht oder nicht mit den richtigen Mitteln um eine Einbindung bemüht. Häufig fehlt der Wille, Frauen wirklich einzubinden, besonders wenn die eigene Machtposition davon abhängt.

Der Begriff „Quotenfrau“ an sich ist schon sexistisch: bei Männern wird gar nicht diskutiert, ob dieser in der Lage ist, seine Aufgabe richtig auszufüllen, deshalb werden Quotierungen zugunsten von Männern häufig ausgehebelt. Wir haben den Anspruch, dass jede und jeder bei ihrer oder seiner Arbeit unterstützt wird und Möglichkeiten erhält, sich weiterzuentwickeln. Dies schließt pauschale Urteile über die politische Arbeit einzelner aus.

### **... Die ASF**

Solange die Interessen von Frauen in unserer Partei unter den Teppich gekehrt werden und von neutralen Strukturen nicht die Rede sein kann, solange muss es Frauen erlaubt sein, sich in der Partei für ihre Belange gemeinsam zu organisieren. Dazu gehört auch eine finanziell ausreichende Förderung – sonst bleibt alles Gerede über die „Frauenpartei“ SPD bloß heiße Luft.

Dennoch sind viele Probleme noch nicht gelöst. Hieran müssen wir arbeiten. Nur wenn wir bei uns selbst echte Gleichstellung schaffen, können wir diese Idee auch auf die Gesellschaft übertragen. Die AsF ist dabei weiterhin für uns Jusos als Partnerin unverzichtbar.

### **3. Für mehr Jungsozialistinnen**

Seit der letzten Bezirkskonferenz haben mehrere Veranstaltungen zum Thema Gleichstellung stattgefunden. Positive Rückmeldungen haben gezeigt, dass das Thema bereits in einigen Unterbezirken angekommen ist und Probleme erkannt werden.

Erkenntnis ist bekanntlich der erste Weg zur Besserung und die ist bitter nötig.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten haben die Möglichkeit, mehr Frauen an unserer politischen Arbeit zu beteiligen und ihre Meinung zu hören. Dazu gehört, dass Frauenplätze in Vorständen nicht freigelassen werden. Die Chance bei den Jusos mitzuarbeiten ist glücklicherweise nicht an Vorstandsposten gekoppelt.

Bei Kooptierungen, also der Kooperation von nicht Vorstandsmitgliedern zu bestimmten Themen, muss ebenfalls auf eine Quotierung (mindestens 40% Frauen) geachtet

werden. Auch bei Seminaren muss auf eine möglichst gleiche Beteiligung beider Geschlechter hingewirkt werden. Dies gilt besonders bei beschränkten Teilnehmezahlen und Inoffiziellen Veranstaltungen und Kungeltreffen. SeminarleiterInnen und eingeladene ReferentInnen sollten ebenfalls quotiert sein, sodass sich über das Jahr hinweg ein Gleichgewicht ergibt. Seminarregeln sollen den angenehmen Umgang sicherstellen.

„Wir haben aber nicht genug Frauen“ heißt es häufig, wenn es um die Vergabe von Vorstandsposten geht. Das dies erkannt wird ist schon mal gut, doch muss als Konsequenz die Vorstandsgröße durch Übergehen der Quote künstlich aufgebläht werden? Als Konsequenz sollte eher die Frage gestellt werden, warum so wenig Frauen da sind.

Es gibt bereits einige Mittel für die Juso-Sitzungen, um eine angenehme Arbeitsatmosphäre zu schaffen, dazu gehören zum Beispiel keine langen Monologe zu halten, das Aussprechen lassen, sexistische Sprüche zu unterlassen und quotierte Redelisten zu nutzen. Um alle Mitglieder einzubinden ist eine einfache und auch erklärende Sprache nötig, auch Abkürzung sind zu vermeiden oder zu erläutern. Und außerdem: „Es gibt keine dummen Fragen nur dumme Antworten!“ Bei den Bezirksvorstandssitzungen und auch in einigen Unterbezirken werden solche Mittel angewandt.

Bei der Planung von Aktionen oder geselligen Runden sollte die Einbindung von Frauen bedacht werden und das heißt nicht, dass beim nächsten Grill- und Saufgelage eine Flasche Prosecco auf den Tisch gestellt wird. Hier gilt es eigenes Verhalten zu hinterfragen und hier ist unsere Kreativität gefragt.

...und zu guter letzt, damit wir es nie vergessen:

***„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“***

## **B1: Demokratie in der Schule – Mehr schulische Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler**

Die Schule ist einer der wichtigsten Bestandteile in der Erziehung eines Heranwachsenden, deshalb ist es auch Aufgabe der Schule, den Schülerinnen und Schülern ein Bewusstsein für die Demokratie zu vermitteln. Demokratie ist die Grundlage für die freie Entfaltung eines Menschen, somit ist es unbedingt notwendig, dass Schülerinnen und Schüler an demokratische Prozesse herangeführt werden und auch daran teilhaben.

In unseren Augen verhindert das jetzige Schulgesetz die nötige Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, die aber für ihre Entwicklung zu einem selbstbestimmten Menschen erforderlich ist.

Daher ergeben sich für uns folgende Forderungen:

- Die Informationspflicht der Schulleitung an die SchülerInnenenschaft, über ihre Mitbestimmungsrechte
- Ein Recht auf SchülerInnen-Begehren
- Ein Veto-Recht für die GesamtschülerInnenenschaft
- Die Möglichkeit zu SchülerInnen-Vollversammlungen
- Recht auf Unterrichtsrückmeldungen an die Lehrkräfte
- Abschaffung der Schulvorstandspflicht
- Pflicht zur öffentlichen Tagung des Schulvorstandes
- Pflicht zur öffentlichen Tagung der Gesamtkonferenz
- Unangekündigte Schulinspektionen

### **Die Scheindemokratie in der Schule**

Das Schulgesetz bietet den SchülerInnen bereits einige Rechte, die teilweise demokratische Mitbestimmung sichern. Ein Beispiel ist die Ausländerklausel, die als Minderheitenschutz wirkt. Ebenfalls positiv ist das Recht der SchülerInnen politische oder religiöse Gruppen bilden zu dürfen, jedoch nur, wenn sie den Bildungsauftrag der Schule erfüllen, und für Sitzungen Schulräume gestellt zu bekommen. Doch sind diese Rechte den Schülern bloß selten bekannt und auch die Anerkennung dieser Rechte durch die Schulleitung ist nur vereinzelt gewährleistet.

So ist die Schulleitung dazu verpflichtet, die SchülerInnenenschaft vor organisatorischen Entscheidungen anzuhören und zu befragen – auch dies wird in der Realität von der

Schulleitung selten durchgeführt.

Die demokratische Mitbestimmung der SchülerInnenenschaft über die SchülerInnenvertretung wird zudem untergraben und stark begrenzt. Als Beispiel ist hier der Schulvorstand zu nennen, in dem die LehrerInnenenschaft, zu der auch der/die SchulleiterIn gehört, immer die Mehrheit besitzt. Die so getroffenen Entscheidungen sind also scheinbar demokratisch, im Endeffekt ist es aber bloß ein Diktat der LehrerInnenenschaft.

### **Demokratie erreichen – Missstände beheben!**

Aus diesen Gründen müssen grundlegende demokratische Rechte den SchülerInnen zu Teil kommen und außerdem wichtige, Transparenz schaffende Maßnahmen getroffen werden. Veränderungen an der Schule betreffen alle dort arbeitenden Menschen und das sind vor allem Schülerinnen und Schüler, die häufig für sie nachteilige Entscheidungen einfach hinnehmen müssen, das darf nicht sein. Die folgenden Forderungen sind somit unbedingt nötig um selbstständige und kritische Menschen zu erziehen, denn Demokratie hört nicht vor den Schultoren auf!

#### ***... Die Informationspflicht der Schulleitung an die SchülerInnenenschaft, über ihre Mitbestimmungsrechte***

Das größte Problem, welches der schulischen Mitbestimmung im Wege steht, ist die „Uninformiertheit“ der Schülerinnen und Schüler. In unseren Augen ist die Schulleitung in der Pflicht ihre SchülerInnenenschaft über ihre Rechte zu informieren, nur so kann die SchülerInnen-Vertretung ihre Arbeit leisten und nötige Veränderungen fordern und erreichen. Eine transparente Schulordnung und demokratische Ordnung bildet auch eine interessierte und politisierte SchülerInnenenschaft, welches die Grundlage für eine funktionierende, demokratische Gesellschaft schafft.

#### ***... Ein Recht auf SchülerInnen-Begehren***

Die Politikverdrossenheit von Jugendlichen hängt vor allem mit dem Gedanken zusammen, man könne nichts verändern. Deshalb muss den Schülerinnen und Schülern eine Möglichkeit geboten werden, ihre Wünsche und Forderungen durchzusetzen. Das richtige Mittel ist ein SchülerInnen-Begehren, mit dem, durch beispielsweise genügend gesammelte Unterschriften, Forderungen der Schülerinnen und Schüler durchgesetzt werden können.

#### ***... Ein Veto-Recht für die GesamtschülerInnenenschaft***

Die Schülerinnen und Schüler brauchen ein Mittel, um Diktate der Schulleitung oder LehrerInnenenschaft, die die SchülerInnen betreffen, abzulehnen und/oder

Verbesserungsvorschläge zu geben: Ein Veto-Recht! Nur dadurch, kann eine Unterdrückung der Schülerinnen und Schüler verhindert werden und schulische Entscheidungen werden demokratischer, gerechter und repräsentativer.

### ***... Die Möglichkeit zu SchülerInnen-Vollversammlungen***

Damit auch unter der SchülerInnenschaft demokratische Entscheidungen herbei geführt werden können, muss es die Möglichkeit für die Schülerinnen und Schüler zu Vollversammlungen, mindestens ein Mal im Jahr, geben. Hier muss die Schule entsprechende Räume zur Verfügung stellen.

### ***... Recht auf Unterrichtsrückmeldungen an die Lehrkräfte***

Um die Qualität und das Klima des Unterrichts zu verbessern, muss jeder Klasse die Möglichkeit gegeben werden, ihren Lehrkräften eine Unterrichtsrückmeldung zu geben. Leistungs- bzw. Entwicklungsrückmeldungen an die Lehrkräfte sind nötig, um auch das Lernen und die Entwicklung von Lehrkräften zu gewähren. Die Formen der Rückmeldungen können unterschiedlich sein, sollen aber nicht als Noten an die Lehrkräfte gegeben werden.

### ***... Abschaffung der Schulvorstandspflicht***

Der jetzige Schulvorstand ist ein undemokratisches Herrschaftsinstrument der LehrerInnenschaft, die in diesem, mit dem/der SchulleiterIn, immer die Mehrheit inne hält. Deshalb muss die Schulvorstandspflicht abgeschafft werden. In besonders großen Schulen, kann ein Schulvorstand sinnvoll sein, um einige Entscheidungen schneller herbei zu führen. Jedoch sollte dies die Ausnahme und nicht die Regel sein. Der Schulvorstand ist dort von jeweils 1/3 Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern zu besetzen, zudem darf der/die SchulleiterIn kein Veto-Recht mehr haben. Dadurch werden demokratische Entscheidungen erst ermöglicht. Für die meisten, wenn nicht sogar alle, Entscheidungen ist die Gesamtkonferenz zuständig, die ebenfalls demokratisch zu besetzen ist.

### ***... Pflicht zur öffentlichen Tagung des Schulvorstandes und der Gesamtkonferenz***

Um Entscheidungen transparent zu gestalten, müssen der Schulvorstand und die Gesamtkonferenz öffentlich tagen.

### ***... Unangekündigte Schulinspektionen***

Die laufenden Schulinspektionen sind unnötig und nutzlos. Durch die Ankündigung der Schulinspektionen bereiten Lehrkräfte ihren Unterricht teilweise Wochen vor dem Unterrichtsbesuch vor und die Schule verändert sich in den drei Untersuchungstagen zu einem bunten Lerntempel, der nichts mit der Realität zu tun hat. Somit erscheinen schlechte Schulen in einem gutem Licht und schlechte Lehrkräfte, durch scheinbar üblichen medialen Einsatz als Supertutoren. Um die wirklichen Zustände niedersächsischer Schulen zu untersuchen und pädagogische Konzepte bewerten zu können, müssen Schulinspektionen unangekündigt stattfinden. Ausschließlich mit dieser Methode lassen sich Missstände offen legen und der Schulalltag, sowie Bildung im allgemeinen kann verbessert werden.

## **B2: 14 Juso-Thesen zum Thema Bildung**

Für uns ist die zentrale Frage in der Bildung: Wie wollen wir lernen und nicht wie sollen wir lernen!

### **• Grundsätzliches**

#### **1. Chancengleichheit: „Alle müssen können dürfen“**

Es ist unsere Grundüberzeugung, allen Menschen ab der Geburt gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Bildung muss deshalb allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen für alle zu ermöglichen. Denn Bildung ist für alle da - unabhängig vom Geldbeutel und kulturellem Hintergrund.

#### **2. Emanzipation des Menschen**

Bildung ist nicht nur das reine Erlernen von Wissen. Bildung muss den Menschen darüber hinaus die Möglichkeit geben, Ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet Freiheit von Abhängigkeiten.

#### **3. Bildung hat einen Mehrwert**

Bildung ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu setzen und zu verwirklichen. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet die Chance auf Arbeit, sorgt für Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Aufstiegsperspektiven.

#### **4. Unabhängige Bildung**

Bildung ist ein elementarer Teil des demokratischen Sozialismus, der zur Freiheit des Einzelnen, und damit zur Freiheit aller führt. Unsere Vision ist eine soziale, gerechte Gesellschaft ohne Abhängigkeiten und Unterdrückung. Alle Menschen müssen in Würde leben und respektvoll zusammenleben können .

Kapitalistische Einflüsse reduzieren die Bildung auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Die Emanzipation des einzelnen Menschen wird in den Hintergrund gedrängt, um nachhaltig die Vermehrung des Kapitals auf Kosten der ArbeitnehmerInnen zu gewährleisten (Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital). Bildung muss von wirtschaftlichen Interessen getrennt werden. Bildung soll Menschen entwickeln, keine Kinder für die Wirtschaft (KiWi) abfertigen.

#### **5. Abgrenzung gegenüber der Konkurrenz**

• „Bildung ist käuflich“ (Cornelsen)

- „Begabungsgerechte Schule“ (CDU) - soziale Konservierung von Menschen
- „Bildung als Wettbewerb“ (FDP)
- Bildungshürden werden errichtet - Bildung als Ware, soziale Herkunft entscheidet über Lebensweg

## • Schule

### **6. Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen einführen!**

Die Selektion nach dem vierten Schuljahr fördert soziale Ungleichheiten und bestimmt schon in Kindesalter den Lebensweg junger Menschen. Nur die gemeinsame Beschulung, von der ersten, bis zur 10. Klasse, kann die Chancengleichheit sichern und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Auf individuelle Stärken und Schwächen eingehen, wird durch Gesamtschulen erst ermöglicht, hierbei spielt das soziale Lernen zwischen den Schülerinnen und Schülern eine besondere Rolle. Auch körperlich und geistig Benachteiligte dürfen keine gesellschaftliche Randerscheinung darstellen und gehören deshalb in den alltäglichen Schulprozess eingebunden. Deshalb fordern wir die Gesamtschule!

### **7. Kostenfreie und unabhängige Bildung für alle!**

Deutschland ist das Land, wo Herkunft und Reichtum am allermeisten den Bildungsweg beeinflussen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir kostenfreie, gleiche, freie und gute Bildung für alle, frei von wirtschaftlichen Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter Bildung!

### **8. Soziales Lernen muss im Mittelpunkt stehen!**

Wir brauchen individuelle Förderung, die Integration sichert. Dazu gehört soziales Lernen miteinander und untereinander, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Mittagessen. Das klassische „Sitzenbleiben“ fördert Ausgrenzung, gerade für junge Menschen ist ein „Rausschmiss“ aus dem gesicherten sozialen Umfeld besonders schwer. Hierfür muss intensive Beratung zwischen den Lehrkräften und Eltern stattfinden, bevor über das Wiederholen einer Klasse bestimmt wird. Es werden ebenfalls SozialarbeiterInnen benötigt, die sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen sie zu bewältigen, außerdem muss auch außerhalb des Regelunterrichts beispielsweise Gruppentraining stattfinden. Die SozialarbeiterInnen bilden einen untrennbaren Bestandteil des pädagogischen Personals einer Schule.

Eine Rückmeldung an die Eltern und SchülerInnen, über die Entwicklung eines Kindes, muss es weiterhin geben. Jedoch stellen sich Noten als kein geeignetes Mittel dafür dar. Eine Note sagt nichts über die Entwicklung oder Leistung eines Kindes aus, sie ist lediglich eine Zahl, die Leistungsdruck ausübt. Deshalb fordern wir die Abschaffung von Noten als Bewertungssystem, es gibt viele Beispiele für geeignetere Mittel, lasst uns gemeinsam darüber Diskutieren!

### **9. Demokratie hört nicht vor den Schultoren auf!**

Die von CDU eingeführte Schulvorstandspflicht schränkt die Demokratie an Schulen ein. Wichtige Beschlüsse, die für den Alltag an Schulen von hoher Bedeutung sind, werden im kleinen Kreise über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir die Gesamtkonferenz als höchstes Entscheidungsgremium einzusetzen. Es müssen außerdem die Belange der Schülerinnen und Schüler ernst genommen werden, deshalb müssen SchülerInnen ein höheres Mitbestimmungsrecht erhalten.

Schulinspektionen müssen unangekündigt stattfinden. Angekündigte Schulinspektion sind überflüssig, da sie nicht den realen Schulalltag untersuchen und nur ein vorgespieltes Theater, von Musterunterricht zu sehen bekommen. Wenn man ernsthaft überprüfen möchte, was an unseren Schulen passiert, müssen Schulinspektionen unangekündigt und spontan stattfinden. Nur so können der Schulalltag transparent untersucht werden und Verbesserungen vorgenommen werden.

### **10. Abitur neu gestalten!**

Die Profiloberstufe schränkt die Wahlfreiheit ein und verhindert einen selbstbestimmten Lebensweg. Nach der 10. Klasse muss ein Allgemeinwissen geschaffen sein, was Jugendliche dazu befähigt tiefgründiger in Fachgebiete einzugehen. Die Profiloberstufe verbaut jungen Menschen die Zukunft und verhindert eine freie Entfaltung der/s Einzelnen, deshalb muss die Profiloberstufe abgeschafft werden.

Das Zentralabitur ist ein weiteres gescheitertes Projekt konservativer Schulpolitik. Es verhindert, die optimale Vorbereitung auf das Abitur und ein individuelles eingehen auf Klassen. Lehrer wissen häufig nicht, was im Zentralabitur abgefragt wird und haben deshalb besonderen Stress, mit dem Unterrichtsstoff fertig zu werden. Darunter leiden vor allem die AbiturientInnen, deren Privatleben völlig durch die Schule eingenommen wird. Der enorme Leistungsdruck, der auf die SchülerInnen einwirkt, bringt sie häufig zum verzweifeln. Das kann und darf nicht sein, deshalb muss das Zentralabitur

abgeschafft werden.

## • Studium

### **11. Keine wirtschaftsnahe Berufsausbildungsanstalt**

Hochschulen sind kein ökonomisch orientiertes Dienstleistungsunternehmen. Sie müssen Studierende dazu befähigen ein emanzipiertes Leben zu führen, Bildung muss über die reine Berufsausbildung hinausgehen. Ausbilden können uns andere, bilden müssen wir uns selbst. Deshalb muss ein Studium individuelle Lernprozesse ohne starre Vorgaben gewährleisten.

Die Anzahl der Studienplätze darf nicht an Wirtschaftsinteressen gekoppelt sein, sondern jeder und jedem ihre und seine individuelle Entfaltung ermöglichen und nicht durch Zulassungshürden verbauen.

### **12. Soziale Ausgrenzung bekämpfen**

#### **Abschaffung von Studiengebühren**

Seit der Einführung von Studiengebühren nehmen immer weniger junge Leute ein Studium auf; immer mehr Studierende brechen ab. Gerade Studierende aus einkommensschwachen Familien sind davon betroffen – die soziale Schieflage im deutschen Bildungssystem verschärft sich. Ein gebührenfreies Studium sind der Schlüssel zur Chancengleichheit und Gerechtigkeit.

Studiengebühren sind nicht nur ein Problem für die Studierendenschaft: Viele, die eine Hochschulzulassungsberechtigung erworben haben nehmen eine Ausbildung auf um die Gebühren zu umgehen und verschärfen somit den Kampf um Ausbildungsplätze. Eine ganze Generation leidet so unter den Gebühren.

#### **Elternunabhängiges BaföG**

Die staatliche Unterstützung für junge Menschen in der Ausbildung muss ausgebaut werden. Es ist dringend nötig das BaföG vom Vermögen der Eltern zu trennen und die Sätze jährlich an die Inflation anzupassen.

#### **Gleichstellung durchsetzen**

Zwar erreichen inzwischen mehr Frauen eine Hochschulzulassungsberechtigung, jedoch nehmen weit weniger dann auch ein Studium auf. Herrscht bei der Aufnahme des Studiums noch Geschlechterparität, fällt der Anteil bis zu C4-Professuren auf 10%. Die Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb nimmt ab. Daher fordern wir die

konsequente Quotierung aller Lehrstühle, Lehrbeauftragten und MitarbeiterInnenstellen. Die Gleichstellungsbeauftragte muss gestärkt werden, um Diskriminierung aufzudecken und Betroffenen Unterstützung zu leisten. Darüber hinaus ist die Bekämpfung und Ächtung von sexualisierter und sexueller Gewalt auch an Hochschulen elementar.

### **Diskriminierung abschaffen**

MigrantInnen, Schwule, Lesben, Transsexuelle, ausländische Studierende und behinderte Menschen müssen ebenso Rechte und Schutz vor Diskriminierung erhalten. Aus diesem Grund gehören für uns der Kampf für barrierefreie Hochschulen, die Erhöhung des Anteils Studierender mit Migrationshintergrund, gleiche Rechte für ausländische Studierende und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds für sexuelle Minderheiten zur politischen Agenda. Auch die physischen und informationellen Barrieren für Studierende mit Behinderung müssen abgebaut werden.

### **Studieren mit Kind ermöglichen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Studium ist in vielen Fällen nicht möglich. Noch immer ist eine bedarfsdeckende kostenfreie Ganztagsbetreuung nicht gewährleistet, diese gilt es auszubauen.

### **13. Masterplätze für alle BA-AbsolventInnen**

ArbeitnehmerInnen zeigen immer wieder: Ein Bachelor-Abschluss ist in vielen Bereichen keinesfalls berufsqualifizierend. Es werden Arbeitsplätze mit weniger Lohn angeboten. Die Qualität der Lehrstoffvermittlung hat stark unter der Komprimierung auf 6 Semester gelitten. Studentisches Engagement fällt weg, Auslandsaufenthalte sind nicht mehr möglich und vor allem ein selbstgestaltetes Studium ist eine Utopie von gestern. Die Quotierung der Masterplätze, also das künstliche Kleinhalten der Platzzahl, entfacht die Angst vor zu schlechten Noten für die Masterzulassung einen Konkurrenzkampf unter den Studierenden; jedeR für sich alleine, denn je schlechter die anderen abschneiden, desto größer sind die eigenen Chancen. Der geraffte Zeitplan lässt keinen Platz für eigenständige wissenschaftliche Arbeit neben dem Studium. Gerade die Hochschule sollte ein Ort bleiben, an dem Menschen sich emanzipieren und lernen sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen. Das Studium muss sowohl bundesweit als auch europäübergreifend flexibler gestaltet werden können.

## **14. Ohne Studierende keine Hochschule**

### **Studentische Beschäftigung gerecht gestalten**

Die Lehre an Hochschulen ist ohne studentische Beschäftigte nicht vorstellbar. Dennoch werden fast überall Studierenden elementare ArbeitnehmerInnenrechte vorenthalten. Von absurden Lohnobergrenzen (!) bis zum Vorenthalten von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall reicht die Palette der Benachteiligungen. Studierende erbringen normale sozialversicherungspflichtige Arbeit und müssen demnach von einem Tarifvertrag geschützt werden. In ihm müssen elementare Rechte wie Urlaubsansprüche, geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Wahl eines Personalrates und nicht zuletzt ein Mindestlohn nicht unter 11 € vereinbart sein.

### **Studentische Mitbestimmung stärken**

Eine Hochschule kann nur funktionieren, wenn sie den Bedürfnissen der Studierenden gerecht wird. Daher ist es wichtig, die Einflussnahme der Studierendenschaft auszubauen. Wir fordern mehr studentische Mitbestimmung. Entscheidungen müssen wieder transparent gefasst werden, daher fordern wir, dass die Senate, in denen Studierende Mitspracherecht haben, wieder das höchste beschlussfassende Organ an Hochschulen werden. **Gute Bildung für JedeN - Breitenförderung statt Elite-Hochschulen** Seit der Begriff „Elite-Hochschulen“ in der öffentlichen Debatte herumgeistert, radikales Umdenken in der deutschen Hochschulpolitik zu beobachten. Das nicht mehr eine Breitenförderung aller Hochschulen, sondern einige wenige durch gezielte Forschungsförderung zu „Leuchttürmen“ der internationalen Wissenschaft auszubauen, die mit ihrer kleinen Zahl an Studierenden den Nachwuchs ForscherInnen sicherstellen.

Die große Masse sinkt nach diesen Plänen zu reinen Ausbildungsuniversitäten möglichst viele Studierende möglichst schnell zu einem Abschluss bringen.

## **D 1: Auf dem Weg zur Arbeitsversicherung**

Der Umbau unserer Sozialsysteme ist von zentraler Bedeutung, um auf die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren und Menschen soziale Sicherheit sowie Weiterbildungen zu ermöglichen. Dabei ist der Umbau des Sozialstaates für uns zentral, um die mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Unsere Überlegungen basieren auf dem für uns fundamental wichtigen Prinzip der sozialen Teilhabe. Im Gegensatz zu der neoliberalen Logik, die die Privatisierung der Lebensrisiken anstrebt, ist für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten eine Politik zentral, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Der Wandel der Erwerbsarbeit prägt unser Leben, da die klassische Erwerbsbiografie nicht mehr existiert: Während früher Menschen oft lebenslang in einem Unternehmen beschäftigt waren, haben die so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren stark zugenommen. Leiharbeit, Praktika, befristete Beschäftigungsverhältnisse und (kurzfristige) Arbeitslosigkeit prägt das menschliche Erwerbsleben heute. Deshalb müssen die Sozialsysteme der öffentlichen Hand umgebaut werden, um auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes reagieren zu können. Ein geeignetes Mittel hierfür ist die so genannte Arbeitsversicherung. Als sozialpolitisches Instrument fasst sie mehrere bisher existierende Sozialleistungen zusammen und enthält zusätzliche Instrumente. Als integrativer Mechanismus sichert sie die Ausbildung junger Menschen, sichert Menschen gegen Erwerbslosigkeit ab, fördert Arbeitssuchende gezielt und berücksichtigt Unterbrechungen des Erwerbsleben wie Arbeitslosigkeit, Elternzeiten und/ oder Weiterbildungsmaßnahmen. Die von uns angestrebte Arbeitsversicherung soll unserer Meinung nach auf folgenden Bausteinen basieren:

Zentral ist das Recht auf Ausbildung! Wer keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzt, hat keine Möglichkeiten, in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu kommen. Ausbildung ist nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Aufgabe der Wirtschaft. Deshalb muss das Recht auf eine berufsqualifizierende duale Erstausbildung ein Baustein der Arbeitsversicherung sein. Diese sollte im Rahmen der gesetzlichen Ausbildungsumlage realisiert werden.

Außerdem muss die Arbeitsversicherung die bisherige Arbeitslosenversicherung ablösen. Alle Erwerbstätigen sind in ihr integriert, d.h. auch Selbstständige und Beamte. Durch die erweiterte Einnahmeseite kann auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik mitfinanziert werden. Durch diesen Umbau stehen die Sozialsysteme auf einer breiteren

Basis als bisher.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es keinen Unterschied zwischen den Bezieherinnen und Beziehern der Arbeitslosengelder I und II geben darf. Deshalb müssen die Bezieherinnen und Bezieher des ALG II in die Arbeitsversicherung integriert sein. Damit reagiert die Arbeitsversicherung auf das Faktum, dass der Anteil derjenigen, die ALG I beziehen, in Folge der Prekarisierung der Arbeitswelt immer weiter abnimmt. Unsere real existierenden Sozialsysteme benachteiligen junge Menschen und Frauen. Frauen stellen deshalb eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe dar, weil de facto zahlreiche Weiterbildungsmaßnahmen an Erwerbstätigkeit gebunden sind. Wer hingegen keiner Erwerbsarbeit nachgehen kann, hat (weitgehend) keine Möglichkeiten der Weiterbildung, da die Bezieherinnen des ALG II größtenteils in Bedarfsgemeinschaften leben.

Unserem Anspruch nach müssen die Einkommensverluste während der Erziehung verringert werden und eine selbstständige soziale Absicherung schaffen.

Finanziert wird die von uns angestrebte Arbeitsversicherung durch Beiträge, Steuern sowie tariflichen Finanzierungsmodellen. Aufgrund unserer Gerechtigkeitsvorstellungen müssen sich die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber paritätisch beteiligen. Die bisher von der ARGE verwendeten Mittel zur aktiven Arbeitsmarktpolitik fließen ebenfalls in die Arbeitsversicherung. Steuerzuschüsse ergänzen die Einnahmen der Arbeitsversicherung, um die politische Gestaltungskraft der öffentlichen Hand sicherzustellen. Außerdem wird hiermit auf die Einbeziehung der neuen Beschäftigungsformen sowie der Selbstständigen reagiert.

Zentral ist für uns auch die Weiterbildung und Weiterqualifizierung von Menschen, um ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen und auf die veränderten Beschäftigungsverhältnisse zu reagieren. Dabei sehen wir die Finanzierung der Fortbildungsmaßnahmen als Aufgabe der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Deshalb zahlen die Unternehmen in einen Weiterbildungsfond ein, aus denen die individuellen Lernkonten der Menschen finanziert werden. Wichtig hierbei ist, dass es ein Recht auf Weiterbildung geben muss, die nicht an eine Erwerbstätigkeit gebunden ist, um die Trennung zwischen Arbeitssuchenden und Erwerbstätigen aufzubrechen.

## **D 2: Fördern statt ausgrenzen – für einen begrenzten Öffentlichen Beschäftigungssektor**

### **I. Einleitung**

Arbeit hat eine Schlüsselbedeutung für den Menschen, da Menschen durch Arbeit soziale Teilhabe und Selbstverwirklichung erleben können. Deshalb bedeutet Arbeit für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten mehr als nur die Finanzierung des Lebensunterhaltes.

Erwerbslosigkeit ist aber auch verbunden mit Frustrationen, Unzufriedenheit, dem Gefühl des persönlichen Versagens und gesellschaftlicher Isolation. Steigende Chancenlosigkeit und das Auseinanderdriften der sozialen Schere sind die Folge.

In den letzten Jahren hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit stark ausgeweitet, da im März 2010 bundesweit mehr als 969000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos waren.

Gerade ältere Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen sind stark von der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit bedroht. Wird ein älterer Mensch erwerbslos, bedeutet dies meistens, dass er nie wieder die Möglichkeit hat, an dem Erwerbsleben teilzunehmen.

Eine Politik, die sich der Würde des Menschen verpflichtet fühlt, ist angehalten, soziale Ausgrenzungen abzubauen und Menschen soziale sowie gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb ist eine gezielte Förderung von benachteiligten und ausgeschlossenen Menschen im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik notwendig. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es gesellschaftlich notwendige Arbeit in Form der sozialen Arbeit gibt, die nicht der kapitalistischen Verwertungslogik unterliegt und hilft, unsere Gesellschaft sozialer und lebenswerter zu machen.

### **II. Der Öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin**

Der Berliner Senat hat im Oktober 2007 ein für zunächst zwei Jahre angelegtes Beschäftigungsprogramm für Menschen beschlossen, die unter Langzeitarbeitslosigkeit leiden und mindestens zwei so genannte „Vermittlungshemmnisse“ aufweisen. Unter diesem Begriff werden das Alter (50 und älter), gesundheitliche Beeinträchtigung, mangelhafte Sprachkenntnisse oder fehlende Schul- und/oder Berufsabschlüsse verstanden. Für knapp 10000 Menschen soll durch dieses Programm über einen Zeitraum von zwei Jahren eine sozialversicherte Beschäftigung mit einem Einkommen in Höhe von 1300 € Brutto geschaffen werden, wobei dieses Projekt aus dem Programm „Perspektiven für Langzeitarbeitslose“ des Bundesministeriums für Arbeit

und Soziales sowie durch Anteile des Landes Berlin finanziert wurde. Damit werden öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, die den in Berlin bei öffentlichen Aufträgen geltenden Mindestlohn von 7,50 € pro Stunde nicht unterschreiten dürfen. Die Finanzierung geschieht auf diese Weise durch die gezielte Bündelung der bisherigen staatlichen Unterstützungen für Langzeitarbeitslose wie ALG II, Hilfen zur Unterkunft, Entgelte für die bisherigen Fördermaßnahmen nach § 16 SGB II und den Beiträgen der ARGE zur gesetzlichen Krankenkasse.

Dieser eingeführte Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS), der als dritter Arbeitsmarkt fungiert, soll gesellschaftlich notwendige Arbeit öffentlich unterstützen und Menschen, die langfristig von dem Erwerbsleben ausgeschlossen waren, wieder Lebensperspektiven geben. Dabei konzentriert sich der Öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin auf die gesellschaftlich erforderliche Arbeit mit benachteiligten Migrantinnen und Migranten, auf die Verbesserung der Lebensqualität für älter werdende und gesellschaftlich benachteiligte Menschen, auf die Förderung von Mobilität und Barrierefreiheit sowie auf die Förderung von Projekten, die den sozialen Zusammenhalt fördern.

Für die im Rahmen des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) beschäftigten Menschen sorgt der Jobcenter während der ersten sechs Monate intensiv. Es erfolgt keine Vermittlung in ungeforderte Beschäftigung, d.h. Schulung, Vorbereitung und Qualifizierung ergänzen den ÖBS. Auf diese Weise ermöglicht das Land Berlin es gesellschaftlich benachteiligten Menschen, sich weiterqualifizieren und berufsbezogene Kompetenzen zu erwerben. Der Fokus liegt dabei auf der Finanzierung von gesellschaftlich relevanter Arbeit, der Qualifizierung von Menschen sowie der Beendigung von sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Wichtig bei der Betrachtung des Öffentlichen Beschäftigungssektors ist dabei auch, dass er auf der kommunalen Ebene ansiedelt ist. Die Kommunen, in Berlin die Bezirke, koordinieren und beantragen die Projekte, weil sie das Gremium ist, das am besten die sozialpolitischen und gesellschaftlichen Bedürfnisse vor Ort kennt. Durch die Kommunen erfolgt auch die Überprüfung, ob die Projekte dem gemeinnützigen Status entsprechen.

### **III. Kritische Reflexion des Öffentlichen Beschäftigungssektor**

Grundsätzlich ist für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten von zentraler Bedeutung, dass die regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes nicht durch den ÖBS bedrängt und gedroht werden dürfen.

Außerdem darf der Öffentliche Beschäftigungssektor nicht zu einem Einfrieren der Löhne des öffentlichen Dienstes führen! Gegebenenfalls ist deshalb vor Ort von den Kommunen detailliert zu überprüfen, ob es sich bei den durch ÖBS geschaffenen Stellen um zusätzliche Arbeit mit einem gesellschaftlichen Mehrwert handelt. Auch die Sozialversicherungspflichtigkeit des ÖBS wird von uns als nicht unproblematisch gesehen, da die im Öffentlichen Beschäftigungssektor beschäftigten Menschen zwar ihre eigenständig Beiträge in die Kranken- und Rentenversicherung einzahlen, jedoch keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung. Dies hat zur Folge, dass, sofern die Projekte auslaufen und kein Übergang in den regulären Arbeitsmarkt möglich ist, die Beschäftigten wieder zu Bezieherinnen und Beziehern des Arbeitslosengeldes II werden. Da es aber Ziel dieses Projektes ist, für gesellschaftlich benachteiligte Menschen eine Alternative zu dem regulären Arbeitsmarkt zu schaffen, müssen die gleichen Bedingungen gelten, d.h. eine Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung muss Pflicht sein!

Die ehemalige große Koalition plante bundesweit einen Öffentlichen Beschäftigungssektor für 100 000 Menschen einzurichten. Nach den Berechnungen von Arbeitsmarktexpertinnen und Experten gibt es bundesweit etwa 400000 Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt chancenlos sind. Deshalb stellt sich die Frage, wer die begrenzten Plätze erhalten darf. Dies könnte zu Unmut und Ungerechtigkeiten führen! Deshalb sehen wir den ÖBS als Möglichkeit der freiwilligen Qualifizierung, die sich nicht zu einem Zwang entwickeln darf!

Für uns steht das Prinzip des Förderns im Vordergrund! Unserer Meinung nach ist es humaner, effektiver und gesellschaftlich sinnvoller, Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dabei sehen wir den ÖBS als Möglichkeit, gesellschaftlich Benachteiligten Menschen neue Perspektiven zu bieten und ihnen ihre Würde zurückzugeben!

Im Gegensatz zu den so genannten 1 € Jobs und der in Sachsen-Anhalt praktizierten Bürgerinnenarbeit, die für 30 Stunden Wochenarbeitszeit einen durchschnittlichen Bruttolohn von maximal 820 € bringen, sehen wir in dem Berliner Modell der Öffentlichen Beschäftigung eine Möglichkeit zur gezielten Förderung von gesellschaftlich benachteiligten Menschen, die sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglicht.

#### **IV. Fazit**

Insgesamt betrachtet stellt der Öffentliche Beschäftigungssektor für uns eine

Möglichkeit der gezielten Förderung von gesellschaftlich benachteiligten Menschen darvor allem in Regionen mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit. Auch die regionale Verankerung in den Kommunen ergibt Sinn, da vor Ort die Verhältnisse der Menschen am besten bekannt sind. Es gab jedoch durch ÖBS nicht zu einem Abbau regulärer Beschäftigungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes kommen. Die SPD kann durch den regionalen Ausbau des ÖBS auch sozialpolitisches Profil durch die Politik des Förderns wiedergewinnen

### **D 3: Mindestlohtreue bei SPD- (und Arbeitsgruppen) Veranstaltungen**

Die Jusos fordern, dass bei ordnungsgemäß eingeladenen SPD-Veranstaltungen zukünftig kein (Fremd-) Personal mehr arbeiten darf, dass nicht mindestens den vom DGB beforderten Mindestlohn von zur Zeit 8,50€/Stunde wenigstens für den Zeitraum der Veranstaltung entlohnt wird.

Es kann einfach nicht angehen, dass bei einer Veranstaltung in flammenden Reden der Mindestlohn gefordert wird, aber der Kellner / die Kellnerin der / die einem das Getränk während der Rede bringt, von dem Subunternehmer der die Veranstaltung plant mit 6 Euro nach Hause geschickt wird.

Dieser Sachverhalt ist vernichtend für unsere Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung.

Daher soll durch Sondervereinbarungen mit z.B. der Eventagentur sichergestellt werden, dass das Personal zumindest bei dieser Veranstaltung einen Lohn von mindestes z.Z. 8,50€/Stunde bekommt. Andernfalls ist die SPD aufgefordert sich nach einer anderen Agentur umzusehen, die dieses Leisten kann.

Diese Konditionen sollen dann selbstverständlich für das komplette an der Veranstaltung beteiligte Personal gelten, vom Security-Dienst bis zum/zur Bühnenbauer/in.

## **W 1: Wege aus einer neuen Krise**

Bereits seit längerem titeln die Medien immer häufiger: „Die Krise ist vorbei“. Die Indikatoren steigen, die Rezession scheint überwunden und an den Finanzmärkten wird wieder spekuliert, wie vor der Krise. Man mag deshalb meinen, die Medien hätten, untermauert von diesen Argumenten, Recht mit ihren Überschriften. Dass all die positiven Indikatoren letztlich nur der Hinweis auf eine kurzfristige Erholung sind, wird nicht beachtet.

Was zu dem massiven Zusammenbruch von Finanzmärkten und Wirtschaft geführt hat, waren unter anderem hochkomplexe Finanzprodukte, die zu massiv überhöhten Werten gehandelt und auch gekauft wurden, obwohl ein entsprechender Gegenwert der Sache gar nicht vorhanden war. Vergessen werden darf dabei auch nicht die unbedachte Kreditvergaben an Privatpersonen, deren Rückzahlungen von den Kreditnehmern nicht mehr geleistet werden konnten, was zu einer großen Immobilienblase und schließlich zum Zusammenbruch des Finanzsystems geführt hat. Das ist das Wesen einer Finanzmarktblase und bereits jetzt entwickelt sich offensichtlich erneut eine Blase dieser Art: Mitunter mit den massiv günstigen Staatsgeldern kaufen Großinvestoren massiv auf den Finanzmärkten ein und freuen sich entweder über hohe Renditen oder verlieren Geld – letzteres tut aber nicht weh, denn seit den Ereignissen um die Finanzkrise scheint zumindest für die am Finanzmarkt Tätigen klar zu sein: Gewinne dürfen behalten werden, um Verluste kümmert sich der Staat.

Aus dieser Mentalität heraus werden nun die gleichen Fehler begangen, wie in den Jahren zuvor – weil ernsthafte Konsequenzen nicht zu befürchten sind. Daran ist die Funktionslogik des vorherrschenden Systems schuld, bei dem Staaten gezwungen sind in Krisenzeiten mehr investieren zu müssen, um den so genannten „allgemeinen Wohlstand“ zu sichern. Hier stößt auch die von SozialdemokratInnen befürwortete antizyklische Fiskalpolitik an ihre Grenzen, da die Verursacher einer solchen Krise nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Ganz im Gegenteil: Dadurch signalisieren staatliche Haushalte, dass massive Verfehlungen keine Folgen haben, denn je größer der Schaden desto größer ist die Bereitschaft der staatlichen Institutionen, mit großer Hilfe einzugreifen. Letztlich werden diese Hilfe nun nicht mehr unbedingt genutzt, um überhaupt wieder auf einen grünen Zweig zu kommen, denn das ist schon längst wieder passiert. Die Gewinne der US-amerikanischen Großbanken schnellen schon ein Jahr nach den erheblichen Folgen des Zusammenbruchs wieder in die Höhe, aber auch hier werden wichtige Fakten nicht berücksichtigt: Ohne massive Staatshilfen hätte es Gewinne dieser Größenordnung nicht gegeben.

Die eigene Wirtschaftstätigkeit dieser großen Finanzinstitute ist also nicht der Grund für die fabelhaften Zahlen; viel eher das Einspringen des Staates für selbstverschuldete Fehler. Dabei werden die Gewinne

wieder genau so erwirtschaftet, wie auch vor der Krise: Das Geld wird weiterhin massiv in die Finanzmärkte gepumpt, es wird wieder fröhlich spekuliert, und noch geben die Zahlen den Spekulanten recht. So lange, bis auch diese nächste, entstehende Blase platzt, denn der jetzige Weg kann nicht funktionieren: Vom Staat zur Verfügung gestelltes Geld, welches sich dieser selbst nur auf dem Wege massiver Kredite beschaffen konnte, wird investiert und zu Gewinnen gemacht; Geld, das eigentlich auf Rückzahlung wartet. Wieder werden Finanzprodukte erschaffen, von denen nur kurzfristig Stabilität zu erwarten ist; wieder werden Finanzprodukte verkauft, die auch auf dem Verkauf von nebulösen Verbindlichkeiten aufbauen. Erneut weiß niemand so ganz genau, was passieren wird, denn das Problem ist die völlige Entkopplung der Finanzmärkte von der realen Wirtschaft:

Der Börsenwert von Unternehmen wird durch Finanzjongleure künstlich in die Höhe getrieben. Oft hat der Börsenwert eines Unternehmens nicht mehr viel mit dem erwirtschafteten Gewinn und der Aussicht auf zukunftsweisende Produkte zu tun. Für Trader spielt allein die Aussicht auf astronomische Gewinne eine Rolle. Eine langfristige Bereitstellung von Kapital zum Ausbau von Produktionskapazitäten und Verbesserungen der Waren ist schon lange kein Ziel von Aktienhandel mehr.

Die massiven Staatshilfen haben das Problem daher nicht an der Wurzel gepackt, sondern viel eher für kurzfristige Linderung gesorgt. Eine tatsächliche Lösung der bestehenden Probleme ist nur mit anderen Mitteln zu ermöglichen.

Wir fordern die Einführung einer Tobinsteuer von mindestens 0,1%.

Dabei sollen länderübergreifende Geldtransaktionen weltweit einheitlich besteuert werden. Obgleich klar ist, dass eine weltweite Durchsetzung große Schwierigkeiten bringt, ist dieser Weg, auch wenn er nur von führenden Wirtschaftsnationen gewählt wird, der richtige Weg: An den wichtigsten Weltwirtschaftsplätzen werden die teilweise massiven Geldtransaktionen auf Grund der neu entstehenden Steuerkosten verlangsamt; auf diesem Wege wird erreicht, den Finanzmarkt zumindest anteilig einzudämpfen. Dies darf aber nur der Anfang von Maßnahmen sein, um die Auswüchse der internationalen Finanzmärkte einzudämmen.

Auch an der Forderung nach einer Börsenumsatzsteuer von mindestens 1%-2% - gestaffelt nach Risikoklasse des Finanzprodukts - halten wir fest:

Mit einer Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer von einem Prozent können, wenn man die Börsenumsätze von 2005 zugrunde legt, Einnahmen von 38 Milliarden Euro erzielt werden. Die Wiedereinführung dieser Steuer ist unter Steuergerechtigkeitsaspekten notwendig, denn der Umsatz aus dem Handel mit Wertpapieren muss dem Umsatz auf Waren und Dienstleistungen steuerlich gleichgestellt

sein. 19 Prozent Mehrwertsteuerbelastung tragen insbesondere die einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürger. Seit dem 01.01.2007 dagegen stehen Steuergeschenke für Unternehmer, Vermögende, Erben und die Gewinner neoliberaler Finanzpolitik. Mit den Einnahmen aus der Börsenumsatzsteuer können 500.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor finanziert werden. Es werden Finanzmittel für Zukunftsinvestitionen frei, die für die soziale Absicherung der in der Bundesrepublik lebenden Menschen notwendig sind. Die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer kann zur Entschleunigung des hochrasanten internationalen Finanzmarktkarussells und zu einem Rückgang von Börsenspekulationen beitragen.

Ferner fordern wir die Neufassung der Eigenkapitalvorschriften vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II).

Die Ereignisse der letzten Jahre haben auf beeindruckende Art und Weise unterstrichen, dass die Eigenkapitaldeckung der Finanzinstitute offensichtlich noch nicht ausreichend ist, um größere Schwierigkeiten zu vermeiden. Vor einigen Jahren noch als zukünftiges Stabilitätswunder für Banken propagiert, hat sich inzwischen herausgestellt, dass die Vorschriften bei weitem nicht ausreichend sind. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass es eine einheitliche Pflicht für eine Mindestkernkapitalquote geben muss, die deutlich über der nationalen 4%-Quote der deutschen Solvabilitätsverordnung und des Kreditwesengesetzes liegt. Die Risikobewertung muss im Rahmen neuer Eigenkapitalvorschriften in Zukunft mit größerer Vorsicht erfolgen: Während hochspekulative Finanzprodukte und Kreditvergaben besonders streng bewertet werden müssen, soll auch auf mittelständische Unternehmen geachtet werden, die bei Vorlage von guten Konzepten und Umsetzungsplänen ihre Kredite zu gleichbleibenden Konditionen erhalten soll, weshalb im Niedrigrisikobereich keine strengere Bewertung der Ausfallrisiken vorgenommen werden soll. Die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen wird dazu führen, dass die Banken beim Kauf hochspekulativer Finanzprodukte mit größerer Vorsicht agieren und immer häufiger davon absehen. Zusätzlich muss die Arbeit der Bankenaufsicht in den Staaten der Welt häufiger, konsequenter und strenger geschehen, um zu gewährleisten, dass die Kreditinstitute die Vorschriften nicht auf geschickte Art und Weise umgehen.

Nachgedacht werden muss allerdings auch über die Marktstellung von Großbanken – wenn diese auf Grund ihrer massiven Bedeutung die Möglichkeit haben, den Markt fast eigenständig zu lenken und auf jedwede Institutionen auf Grund ihrer Bedeutung großen Einfluss üben können, wie zuletzt bei den Staatshilfen geschehen, so muss bedacht werden, ob es für die Zukunft sinnvoller ist, aus wenigen Großbanken mehrere Banken zu machen, die zumindest weniger groß sind. Es muss einen Diskurs darüber geben, wie man den Markteinfluss von Großinstituten minimiert. Unserer Überzeugung nach ist es sinnvoller aus wenigen Großbanken oder anderen Unternehmen, die den Markt beherrschen - wie

beispielsweise Energiekonzernen - eine polypole Situation herbeizuführen, bei der viele kleinere Institute insgesamt einen wesentlich größeren Einfluss auf den Markt haben.

Nichtsdestotrotz ist es stets das Bestreben jungsozialistischer Politik gewesen, bestehende Verhältnisse zu hinterfragen. Dabei muss deutlich herausgestellt werden, dass durch unsere Forderungen das kapitalistische System stabilisiert und weitere soziale Spaltungen in einem gewissen Maß verhindert werden können. Allerdings wird dadurch der Systemfehler an sich nicht behoben, der nach wie vor soziale Selektionen vorsieht. Wir nehmen diese Zustände jedoch nicht hin. Wir wollen sie überwinden! Daher bekennen wir uns ausdrücklich zum Demokratischen Sozialismus, der - im Gegensatz zum Kapitalismus - einen Menschen nicht danach beurteilt, ob man in einem System „funktioniert“ und in welchem Maß er oder sie in einer profitorientierten Welt nützlich ist. Die Überwindung der vorherrschenden Zustände ist eine immer währende Aufgabe, die nur durch eine aufklärende Aktivierung der Gesellschaft möglich ist. Wir werden auch in Zukunft alles dafür tun, bei dieser Aktivierung einen entscheidenden Beitrag zu leisten.